Breslauer Zeitung.

Die Expedition ist Herrenstrasse Nr. 20.

№ 275. Sonnabend den 24. November. 1849.

Breslau, den 23. November.

Es ist in politischen Blättern bereits mehrfach von dem Aufsehen die Rede gewesen, welches eine vor Kurzem in unserer Mitte erschienene Schrift: „die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen, von N. C. G. Rintel, Rath der geh. Kanzlei des Fürstbischofes zu Breslau", erregt hat. Und sie ist in der That fast mehr politisches Aktenstück, als bloße literarische Erscheinung. Zu den Mitteln, deren sich die Gegner Preußens, entweder selbst verblendet oder mit berechnender Schlauheit, bedienten, um die Einigung Deutschlands unter Preußens Führung entgegenzuwirken, um Preußen durch Ausstreuung und Pflegung des Saamens des Mißmuths und selbst der Untreue zu schwächen und zu zerreißen, war eines der wirksamsten, die Verbreitung des Glaubens, daß die katholische Kirche sich in Preußen in einer gedrücktern Stellung, als in andern deutschen Ländern befände, und daß dieselbe daher um so mehr gefährdet werden müsse, als Preußen auf die Gestaltung und Geschicke Deutschlands einen größern Einfluß erlangen würde. Die Gewöhnung, Preußen auch jetzt noch als einen protestantischen Staat zu betrachten, wie früher, während es dies ausschließlich und in derselben Bedeutung zu sein, thatsächlich und staatsrechtlich, längst aufgehört, hat und dann die Unkenntniß der Verhältnisse, der kirchlichen Zustände und der Gesetzgebung in andern Staaten, haben nur zu sehr beigetragen, diesem Glauben Eingang zu verschaffen, den Zwiespalt und die Eifersucht der Stämme wie der Konfessionen zu nähren und die Zerrissenheit unseres Vaterlandes zu erhalten. Jenen Gegnern Preußens, welche bei der Lage der Dinge dadurch auch zugleich mit die gefährlichsten Gegner der Einigung Deutschlands sein müssen, tritt nun die hier in Rede stehende, aus der Umgebung eines der hochgeachtetsten Kirchenfürsten Preußens und Deutschlands hervorgegangene Schrift entgegen, mit der Gewalt der Thatsachen, deren Hervorhebung und Anerkennung von dieser Stelle aus ein nicht geringes Gewicht haben muß. Es wird nämlich nachgewiesen, daß in keinem der deutschen Staaten die Selbstständigkeit der katholischen Kirche größer und gesicherter sei als gerade in Preußen, sowohl durch die Gesetzgebung als durch Geist und Sinn des preußischen Volkes. Was die erstere betrifft, so ist durch den Gang, welchen dieselbe bereits früher eingeschlagen, — wir erinnern hier an die Aufhebung des Placets im Jahre 1841, — und nun insbesondere durch die Verfassung vom 5. Dezember 1848, so wie durch die von Preußen aufgenommenen Bestimmungen in den deutschen Verfassungs-Entwurf vom 26. Mai d. J. — allen großen Interessen der Kirche mehr Rechnung getragen als selbst in den vorzugsweise katholischen Ländern, namentlich in Oesterreich und besonders in Baiern. Und in Frankfurt hat sich herausgestellt, daß bei allen Fragen, welche die Religion und die Kirche betrafen, nicht die süddeutschen, sondern die norddeutschen, und vorzugsweise die preußischen Abgeordneten es waren, welche in deren Interesse gestimmt haben. Dies hat der Verfasser durch eine genaue Zählung und Vergleichung bei mehreren der wichtigsten Abstimmungen nachgewiesen. Gerade aber in Baiern, wo eine preußenfeindliche Partei mit einer gewissen ultramontanen Färbung ihren Sitz hat und von dort aus ihre Netze auch über die Provinzen Preußens auszubreiten sucht, ist, wie der Verfasser bemerkt, durch das Religions-Edikt vom 29. Mai 1818, welches als ein Bestandtheil der Verfassung betrachtet wird, die Selbstständigkeit der Kirche in der härtesten Weise beschränkt, so daß, wenn Aehnliches in Preußen stattfände, man nicht ermangelt haben würde, es als die unerhörteste Bedrückung zu verschreien. „Wie streng diese Staatsrechte geübt wurden — heißt es Seite 38 — ist Niemanden unbekannt, welcher die innere Geschichte Baierns kennt; **in dieser Beziehung hat kein Unterschied zwischen der aufgeklärt despotischen Verwaltung Montgelas und der des sogenannten katholischen Ministeriums Abel stattgefunden."** „Auch ist nicht bekannt, daß die Regierung irgend gesonnen sei, diese Fesseln der Kirche zu lösen; unter den Vorschlägen zur Umwandlung der Verfassung, welche den Ständen vorgelegt worden, befindet sich kein auf die Selbstständigkeit der Verfassung bezüglicher." Durch die §§ 48. 49 jenes baierschen Edikts ist der Willkür der Regierung in Beziehung auf das Kirchengut Thor und Thür geöffnet; Raub am Kirchenvermögen verfassungsmäßig autorisirt worden; „und daß diese schmählichen Bestimmungen mit großer Härte gegen die einzelnen Kirchen u. s. w., denen nur die äußerste Nothdurft gelassen wurde, ausgeführt worden sind, zeigen hundert Beispiele; **da freilich werde es leicht, vor der katholischen Welt durch Zuwendungen und Gründung von Klöstern sich als ganz besonders und spezifisch katholisch hinzustellen und dann unter dem Schirm dieses Ruhmes die Kirche zu fesseln und zu beherrschen, und um diesen Ruhm zur Ausdehnung baierschen Einflusses, zur Erreichung politischer Zwecke zu benützen."** Das Sachverhältniß der Frage ist daher ein ganz anderes, als man bisher dasselbe vorzustellen und aufzufassen pflegt. Die Ausdehnung der süddeutschen Gesetzgebung, das Gewicht der süddeutschen Stimmen, wenn sich die Sache nur einigermaßen wie in Frankfurt stellen würde, würde die Selbstständigkeit und die Interessen der katholischen Kirche eher gefährden, als Vortheil bringen, und nur durch den Einfluß Preußens würde dies ausgeführt werden. „Hätten wir Katholiken in Preußen — sagt der Verfasser — daher bei der Frage, für welche Stellung zur deutschen Sache man sich in Preußen entschließen solle, lediglich auf unser konfessionelles Interesse zu sehen, so müßten wir uns bestimmt dafür erklären, daß ein staatsrechtlicher Anschluß an die übrigen deutschen Staaten vermieden werde; die zweite Frage aber, ob ganz Deutschland, ob Dreikönigsbund, würde eine gleichgültige sein u. s. w." Der Verf., welcher die Frage über die künftige Gestaltung Deutschlands rein vom kirchlichen Standpunkt aus beantworten wollte, hat darin genugsam angedeutet, wie bei der großen gemeinsamen Sache des Vaterlandes, das konfessionelle Interesse nicht das allein und durchaus entscheidende sein dürfte. Und wir zweifeln nicht, daß, wie seine Ermahnung zur Treue gegen den König und das engere Vaterland, so auch jene Andeutung in den Herzen der Katholiken in und außer Preußen, Anklang und Wiederhall finden wird. Und es wird sich erweisen, daß die Partei nur klein ist, welcher der Staat, in welcher der Protestantismus eingedrungen ist, ein Gefäß der Unehren ist, welches die Kirche zu reinigen suchen muß, mit welchem sie aber eigentlich keine Gemeinschaft pflegen kann; welcher die Sache des Vaterlandes nichts gilt, wo das, was sie kirchliches Interesse nennt, in Betracht kommt; die, wenn sie dies nicht so wie sie will, geltend machen kann, sich an das Volk wendet, und wohl gar mit den Demokraten gemeinschaftliche Sache machen würde, wenn sie nur schließlich die Oberhand zu behalten hoffen dürfte. Schon hat sich eine Stimme der Art gegen die Rintelsche Schrift vernehmen lassen.

Preußen.

Kammer-Verhandlungen.

I. Kammer. 71. Sitzung vom 21. Novbr.

Präsident v. Auerswald.

Eröffnung $10\frac{1}{4}$ Uhr.

Am Ministertische: Graf v. Brandenburg, v. Manteuffel, Simons.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Dem Abg. Grafen Rittberg wird der erbetene Urlaub bewilligt.

An Stelle des Kriegsministers wird auch der heutigen Sitzung der Oberst v. Griesheim beiwohnen.

Auf der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung des Tit. V. der Verfassungs-Urkunde: Von den Kammern.

Abg. Dahlmann: Beide Kammern haben, um ohne Einleitung sogleich auf die Sache einzugehen, die Aufgabe und Verpflichtung, über die durch die Verfassung gegebenen Rechte zu wachen. In England allein hat sich das konstitutionelle Verhältniß auf eine würdige Weise gestaltet. Auf der einen Seite steht das Königthum, auf der andern ein Erbadel, der sich eben so fern davon gehalten hat mit dem Könige zu herrschen, wie davon, das Volk zu bedrücken. In England steht das Königthum nicht wie ein einsamer Baum auf ödem Felde, sondern es st gestützt von dem Erbadel. Das Unterhaus vertritt die Freiheit, das Oberhaus die Ordnung.

So ist es mit den menschlichen Dingen: Die Freiheit liebt man, die Ordnung ehrt man; da der Mensch aber Etwas eher liebt als ehrt, so ist das Unterhaus stets vom Volke als seine wahre Vertretung betrachtet worden und dem entsprechend wurden die zweiten Kammern auch in Deutschland Volkskammern genannt. In Preußen hätte der König, wenn er dem Volkswillen nachgegeben hätte, Erhabenes schaffen können. Was 1840 Möglichkeit war, ist jetzt unmöglich geworden. Politische Größen werden nicht aus Thalerstücken aufgebaut. (Beifall.) Darum hat auch kein Vorschlag eine reine Pairie verlangt; die Pairie würde aber, wenn sie nur einen Theil der Kammer bildete, eine Kammer in der Kammer sein. Zu jeder Zeit haben im englischen Oberhause Größen aller Art gesessen. Darum konnte das englische Volk das Oberhaus nie als eine bloße Vergötterung des Gewesenen betrachten; unsere 8000-Thalerherren aber werden nie irgend welche Achtung im Volke erlangen. Lord Northumberland wollte das Oberhaus zu einer solchen Thalerkammer machen. Der gute Genius Englands bewahrte es davor. Wenn nicht der Krone das Recht zusteht, Pairs zu ernennen, so artet die Pairie in eine Kaste aus. Der Gedanke an die Pairie ist aber auch schon durch die Abstimmung in der zweiten Kammer todtgeschlagen worden; zwischen einer Majorität von 250 und einer Minorität von 60 Stimmen giebt es keine Genesung mehr. In dem Rechte der Prinzen, in dem Oberhause zu sitzen, sehen wir den Grund zu dem steten Zwiespalt im königlichen Hause und zu anderen Verlegenheiten. In Hessen-Darmstadt war ein Prinz Präsident der Kammer; in Baden ebenfalls. Glaubt man, daß es bei uns eben so sein wird? Ein entschiedenes Eintreten der Prinzen eines regierenden Hauses in die Politik führt immer gewisse Nachtheile herbei. Die Verantwortlichkeit der Minister wird durch den Eintritt der Prinzen in die erste Kammer bedroht, und man darf eine solche Maßregel um so weniger treffen, wenn dadurch keine Pairskammer geschaffen wird. Sind die Prinzen in ihrer Thätigkeit fleißig oder lässig, immer wird sie die Quelle der Zwietracht und des üblen Leumunds sein. In früheren Zeiten führten die regierenden Häupter Deutschlands ihre Söhne mit auf den Reichstag, welcher deshalb die Universität der Prinzen genannt wurde, aber ein bedeutender Einfluß auf die politische Bildung der Prinzen war daraus nicht ersichtlich. Wenn wir auf der Idee der Pairie fußen, so werden wir nie eine Kammer schaffen, die der anderen das Gleichgewicht hält. Nur lasse man sich durch diesen Gedanken nicht verleiten, das Zweikammersystem gänzlich aufzugeben. Man verschmähe die Beschaffenheitsunterschiede beider Kammern nicht. Man bedinge ein höheres Lebensalter, eine längere Funktion, höheres Vermögen der Wähler oder Gewählten.

Wo aber keine Pairs sind, da wolle man nicht eine Pairskammer schaffen. Ich erkläre mich für die Zahl von 180 Mitgliedern, da eine Vermehrung bei einem Mangel an Diäten die Kammer nur reichhaltiger an Beamten machen würde.

In Steuerfragen möge sich die erste Kammer den Entscheidungen der zweiten möglich unterordnen. Dies im Allgemeinen. Im Besondern will ich mich gern den Vorschlägen anschließen, die meiner Ansicht am nächsten kommen. Am wenigsten wäre ich einer Interessen-Vertretung geneigt, da dies eben so verfahren hieße, wie der Maler bei Cervantes, der einen Hahn malte und darunter schrieb: Dieses soll einen Hahn bedeuten (Heiterkeit). Die Interessen sind in unserer Kammer ohnehin vertreten. Der Lehrstand, der Krieger- und der Kaufmannsstand, der Besitz; kurz, jeder Stand findet seine Vertreter in ihr. Der Reiche verschmäht oft Bildung, und ihn, weil er reich ist, zu begünstigen, halte ich nicht für zweckmäßig. Die Bevorzugung, immer verhaßt, ist in diesem Falle überflüssig.

Ich würde am liebsten die erste Kammer aus den Provinzialständen hervorgehen sehen; die Provinzen bilden gleichsam dis Gliedmaßen des Staates. Ich habe aber keinen Antrag in dieser Beziehung gestellt, weil ich glaube, daß er keinen Anklang gefunden hätte, indem man für die Einheit des Staates fürchtet. Ich werde für die Kreisvertretung stimmen können, wie für Alles, wodurch die Mißstände vermieden werden, die aus einer Verschiedenheit der Meinung beider Kammern hervorgehen. Zwar steht die Gemeindeordnung noch nicht fest; allein es kann auf Grund der Regierungs=Vorlagen eine Entscheidung um so eher getroffen werden, als der Minister des Innern gesagt hat, daß die Gemeindeordnung schon im nächsten Winter in Kraft treten wird.

Für einen Uebelstand halte ich es, daß für die Artikel über die Kammer=Bildung keine zweite Lesung in Aussicht steht. Noth thut es, daß unser Beschluß darüber mit einer großen Majorität gefaßt wird, damit er nicht als Folge des Zufalls, sondern der reiflichen Ueberlegung erscheint. (Beifall.)

Abg. Stahl: Den Vorschlag, den ich mit meinen Freunden gestellt habe, halte ich nicht für etwas Vollendetes, wohl aber für zeitgemäß. Ich gründe die erste Kammer nicht auf die Intelligenz, welche einen Senat herbeiführen würde. Ich gründe sie auch nicht auf eine Interessen=Vertretung; da auf dieser vielmehr die zweite Kammer beruhen soll. Ich begründe die erste Kammer auf die Macht, welche sie zu einem wahren Oberhause machen soll. Wo finden wir diese Macht? Zunächst in dem großen Grundbesitz. Es giebt einen Grundadel; wäre dies nicht der Fall, so wäre ich freilich mit meiner ersten Kammer banquerutt, aber auch Preußen wäre banquerutt und bedürfte einer Curatel. (Beifall.) Das Volk ist dem Adel nicht entfremdet; nur die sind es, die zu eitel sind, um eine Größe neben sich bestehen zu lassen, und nicht stolz genug, um dieser Größe die eigene gegenüberzustellen. (Beifall.) Den feudalen Druck des Adels auf das Volk wollen wir beseitigen, aber wir wollen nicht die Stütze vernichten, die der Adel dem Königthum bietet. Am glänzendsten hat sich die Pairie in England gezeigt; freilich hat das Oberhaus nicht für den modernen Liberalismus, für Bürgerwehr, Kopfzahlwahl und dergleichen, viel jedoch für die Rechte er Krone und des Volkes, und für die moralische Bildung gethan.

Führt man an, daß keine Elemente für die Pairskammer im Lande vorhanden sind, so frage ich dagegen, wo giebt es Elemente für unsere übrigen konstitutionellen Einrichtungen. Wenn wir eine Konstitution machen können, so können wir auch eine Pairskammer machen. Glücklicherweise fehlen aber die Elemente für eine Pairskammer in Preußen nicht, wie der Verfasser der „Politik" selbst auseinandersetzt, (Heiterkeit) an der Stelle, wo er als solche Elemente die Prinzen des regierenden Hauses, die Standesherren und die Majoratsherren anführt. (Beifall.) Um eine bürgerliche Aristokratie dem Adel zur Seite zu stellen, verlange ich Vertreter für die Kaufleute und Fabrikanten. Auch die Kirche ist gottlob noch eine Macht im Staate, darum muß sie ebenfalls ihre Vertretung in der Kammer finden. Ich verlange ferner eine Vertretung der Universitäten, nicht weil sie Korporationen, sondern weil sie eine Macht im Staate sind. Viele Einrichtungen sind dem Geiste der Zeit gewichen; die Universitäten haben Kraft genug besessen, um sich zu erhalten gegen ihren überfluthenden Strom. Die beiden Kammern sollen die beiden Lebenspole des Volkes darstellen. Wer wollte nun behaupten, daß die Kreisvertretung ein Lebenspol für das Volk ist. Die Lebenspole liegen bei uns in dem Gegensatze des Hergebrachten und des neu Hereinbrechenden. Die Verbindung der Kreisvertretung mit einer Vertretung des Grundbesitzes ist eine prinziplose Schöpfung und ich wünschte nicht, daß Preußen mit einer solchen ersten Kammer debütire. Man befestigt ein Linienschiff nicht mit Bindfaden, aber es wird auch nicht befestigt sein, wenn man zwei Drittel Bindfaden und ein Drittel Ankertau nimmt. (Heiterkeit.) Ich will den bestimmten Klassen ihren Einfluß auf die Gesetzgebung erhalten. Was Preußen in dem schweren Jahre 1848 gerettet hat, sind die spezifischen Traditionen der Armee, des Grundbesitzes, des Adels und der Krone. (Beifall.) Der Graf Dönhoff geht zum Theil von denselben Prinzipien aus, aber er malt in Grau, was ich in naturgemäßen Farben male. Viele Augen, die noch von der Nacht des vorigen Jahres befangen sind, können den Glanz dieses Gemäldes nicht ertragen; denen kann ich die Graumalerei des Grafen Dönhoff wohl empfehlen. (Beifall.) Ich fordere Sie auf, die erste Kammer auf das Grundeigenthum zu basiren.

Der Präsident der wahren ersten Kammer, der Lordkanzler des Oberhauses in England, sitzt auf dem Wollsack, nicht auf dem Geldsack, zum Beweise, daß das Grundeigenthum das wahre Element für die erste Kammer ist. (Beifall.) Enthält die erste Kammer die Größen des Landes, so wird sie auch das Vertrauen des Landes haben. Fehlt der wahre Patriotismus, so wird eine Kammer nie Anklang im Lande finden, und das Vertrauen des Landes wird einer auf Wahl gegründeten ersten Kammer nicht länger bleiben, als sie den Wünschen der Wähler entspricht. Das aristokratische Element muß in der ersten Kammer vertreten sein, nur dann wird sie Sinn haben für alles Hohe und Erhabene. Wollen Sie eine solche erste Kammer nicht, so mögen Sie Art. 62 und 63 ganz aus der Verfassung streichen.

Die erste Kammer soll Popularität gewinnen dadurch, daß sie dem Volke die Oriflamme der Bildung und der Gerechtigkeit voranträgt, und das kann sie nur, wenn sie zusammengesetzt ist, wie ich und meine Freunde es Ihnen vorgeschlagen. (Beifall.)

Der Minister des Innern: Es ist mehrfach darauf Bezug genommen worden, wie viel große Grundbesitzer im Staate sind. Ich habe mich an alle Landräthe gewendet und die Nachweisungen darüber erhalten. Die mir angegebene Zahl der Grundbesitzer mit einem Einkommen von 8000 Rthlr. betrug 600. In Folge von Erkundigungen wurden von diesen 110 gestrichen, wobei die auf den Gütern lastenden Schulden in Rücksicht genommen sind. Möglich, daß in Preußen und Schlesien noch einige Angaben zu bezweifeln sein werden. Es ist Jedem gestattet, Zweifel gegen diese meine Angabe zu erheben; so gut, wie es mir gestattet sein wird, zu bezweifeln, daß der große Kurfürst im 18. Jahrhundert Marginalien gemacht hat. (Lebhafter Beifall. Glocke.)

Abg. Dahlmann (zu einer thatsächlichen Berichtigung): Es sind Stellen aus meiner „Politik" erwähnt worden, die jedoch nicht in ihrem ganzen Zusammenhange angeführt wurden. Ich leugne nicht, daß ich früher der Meinung war, daß den Prinzen eine Stellung in der ersten Kammer einzuräumen ist. Erfahrungen haben mich eines Besseren belehrt.

Der geehrte Abgeordnete wird mir wohl zutrauen, daß ich damals bona fide geschrieben, wie ich heute bona fide gesprochen habe. (Beifall.)

Abg. Milde: Der Wollsack im englischen Oberhause ist nicht, wie angeführt worden ist, ein Symbol für den Grundbesitz, sondern für die Industrie; für den Grundbesitz würde man wohl ein anderes Symbol genommen haben. (Beifall.)

Abg. Stahl: Ich glaube als thatsächliche Berichtigung anführen zu müssen, daß die Wolle von Schafen kommt, und daß die Schafe auf dem Grundbesitze groß gezogen werden. (Beifall.)

Nach einigen Bemerkungen des Abgeordt. Kupfer empfiehlt der Abgeordnete v. Brünneck den von ihm gestellten Verbesserungs=Antrag.

Der Minister des Auswärtigen v. Schleinitz ist inzwischen eingetreten.

Abg. v. Gerlach: Die heutige Frage führt mich auf diejenigen Grundsätze zurück, die man mit Unrecht Grundrechte genannt hat. In diesen heißt es: „Standesvorrechte finden nicht statt" und „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich." Bis jetzt ließ ich den ästhetischen Sinn, der darin liegt, ganz aus dem Gesichte. Bei der später geringer werdenden Opposition gegen meine Ansicht sah ich ein, daß diese Sätze eigentlich so ernst nicht gemeint seien. (Heiterkeit.) Ich werde mich daher durch solche Sätze nicht beirren lassen und meine Meinung ungenirt aussprechen. Sind doch zur Zeit wieder viele vormärzliche Namen eingeführt worden: Prinzen, Standesherren und Andere; hat ja sogar ein gelehrter Mann von der Linken zugegeben, daß die erste Kammer auf Provinzialständen beruhen kann. (Beifall.) Man hat mir vorgeworfen, ich ignorire, was seit dem März geschehen ist. Wenn ich meinerseits die Zeit seit dem März, also achtzehn Monate, so ignoriren meine Gegner die ganze Zeit vor dem März, also fast 6000 Jahre. Nichts ist so neu, als das Alte, und Nichts veraltet so schnell, als das Nagelneue. Wie glänzt die alte Krone unseres Königs, wie nett und blank ist unsere alte Armee. Die neuen Worte dagegen: freiheitschützende Bürgerwehr, Errungenschaften kann man kaum noch aussprechen, ohne an ein veraltetes, aus der Mode gekommenes Kleid zu denken. Ohne Aristokratie ist keine Monarchie, keine Republik zu denken. Es giebt nichts Servileres, Sklavischeres, als Vorzüge nicht anerkennen zu wollen, die man selbst entbehrt. Welcher Naturforscher wird bloß die heimischen Blumen betrachten und die fernen himmelhohen Berge vergessen. Die Aristokratie gleicht einem erhabenen Berge. Der Adel ist des Staates und des Volkes wegen da; er ist ein Besitzthum des Volkes, ein National=Eigenthum. Wir haben bessere Elemente des Adels als Geld und Gut: Königsdienst und Waffenehre ist die solide Grundlage des deutschen Adels. Der Adel ist ein grüner Zweig eines kräftigen Baumes; er hat Preußen im vorigen Jahre erhalten. Sie sehen, meine Herren, daß ich nicht Alles ignorire, was seit dem März geschehen ist. (Heiterkeit.)

Im siebenjährigen Kriege sind 61 Adelige gefallen, welche den Namen Kleist trugen. Denken Sie sich einen jungen Mann desselben Namens, der in seiner wenig einträglichen Stellung als Offizier beharrt, um einst den Tod für König und Vaterland zu sterben. Solche Namen, solche Männer sind die besten Stützen für den Staat. Alle wahren Interessen können friedlich neben einander bestehen, alle können ihre Vertretung finden und einander zur gegenseitigen Stütze dienen. Machen Sie keine erste Kammer, m. H., sondern suchen Sie eine, und Sie werden eine finden. (Beifall, zur Rechten, Zischen zur Linken.)

Abg. Goltdammer erklärt sich gegen die erbliche Pairie, gegen die Interessen=Vertretung und die Ernennung lebenslänglicher Pairs durch die Krone und für die Wahl durch Provinzialvertreter.

Abg. Wachler: Meine Herren! Machen Sie keine erste Kammer, sondern behalten Sie, was Sie haben, und Sie werden nicht nöthig haben, erst eine zu suchen. Ich spreche für den von mir gestellten Verbesserungs=Antrag, nicht für die Pairie und nicht für die Interessen=Vertretung. Das konstitutionelle System hat uns zu dem Zweikammer=System geführt und die Politiker haben versucht, dies in eine passende Form zu gießen. Der Zweck des Zweikammer=Systems ist nicht, das Vergangene mit dem Gegenwärtigen zu versöhnen, einerseits die Aristokratie, andererseits die Demokratie zu repräsentiren; vielmehr muß die eine Kammer der anderen gegenüber die Ruhe und die Stabilität und somit zwischen der anderen Kammer und der Regierung das vereinende Element bilden. Darum müssen beide Kammern aus der Wahl hervorgehen, wobei jedoch nicht den Höchstbesteuerten ein Vorrecht eingeräumt werden darf. Sonst würde die erste Kammer nicht die Intelligenz vertreten, sondern aus der Wahl von Bäckern, Brauern und Schlächtermeistern hervorgehen. Lassen wir erst das System, auf Grund dessen wir gewählt sind, sich bewähren. Wir werden uns selbst doch nicht das Zeugniß geben, als wären wir aus demokratischen Versammlungen hervorgegangen! Aus diesen Gründen bin ich für den von mir eingebrachten Verbesserungs=Antrag. Wenn wir stets zum Alten zurückkehren, so kommen wir aus der Revolution nicht heraus. Die Revolution muß einmal geschlossen werden; die Reform wird nicht ausbleiben, wenn sie an der Zeit ist. Lassen Sie es bei dem, was sich als gut bewährt hat, sein Bewenden haben.

Der von dem Abg. Wachler gestellte Verbesserungs=Antrag lautet:

Die Kammer wolle beschließen, den Art. 6 in folgender Fassung anzunehmen: Art. 63. Jeder selbstständige Preuße, welcher das 30. Lebensjahr vollendet, nicht den Vollbesitz der bürgerlichen Rechte in Folge rechtskräftigen richterlichen Erkenntnisses verloren hat, und jährlich wenigstens 8 Rthl. Klassensteuer zahlt, oder einen Grundbesitz im Werthe von mindestens 5000 Rthlrn. oder ein reines jährliches Einkommen von 500 Rthlrn. nachweist, ist in der Gemeinde, worin er seit 6 Monaten seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat, stimmberechtigter Urwähler für die erste Kammer. Je 50 Urwähler wählen einen Wahlmann. Die Wahlmänner wählen die Abgeordneten. Die Wahlbezirke werden in der Weise festgestellt, daß von einem Wahlkörper höchstens zwei Abgeordnete zu wählen sind. Das Nähere über die Feststellung der Wahlbezirke, die Aufstellung der Wählerlisten und den Wahlakt bestimmt ein besonderes Gesetz. Transitorische Bestimmung. Bis zum Erlasse dieses Gesetzes bleibt das interimistische Wahlgesetz für die erste Kammer vom 6. Dezember 1848 in Kraft.

Abg. v. zur Mühlen: Der Grundgedanke, der durch alle Vorschläge geht, ist der, daß in der ersten Kammer der Besitz vertreten werden soll. Keiner der gemachten Vorschläge ist ganz verwerflich. Dem Besitze, sei er Landbesitz oder anderer Besitz, müssen wir in der ersten Kammer seine Stelle anweisen, und ich empfehle Ihnen deßhalb den Verbesserungs=Antrag, den ich mit dem Abg. v. Dönhoff gestellt habe.

Abg. Triest: Ich werde den Verbesserungsantrag des Abgeordneten Stahl mit einigen Veränderungen unterstützen. Könnte man kein anderes Mittel finden, um das konservative Element der ersten Kammer zu garantiren, als den Census, so würde ich nichts gegen den Census haben. Jedoch gebe ich zu bedenken, ob die Bevorzugung des Reichthums im Volke für längere Zeit Sympathien haben kann. Es bleibt nichts anderes übrig, als die korporativen Interessen im Staate aufzusuchen und ihnen in der ersten Kammer eine Vertretung zu geben. Was den Grundbesitz betrifft, so glaube ich, daß den Standesherren in der ersten Kammer eine Stellung zuerkannt werden muß.

In der Wahl der Grundbesitzer durch Grundbesitzer sehe ich auch eine Art von Pairie und zwar eine Art schottischer Pairie. Ich würde etwas weiter gehen als der Abg. Stahl, und statt der 8 lieber die 18 größten Städte in der ersten Kammer vertreten sehen; ohne diese Modifikation halte ich das Interesse der Städte dem platten Lande gegenüber nicht genügend gewahrt. Der Vorschlag des Abg. Stahl wird allein eine dauernde und im Bewußtsein des Volkes begründete erste Kammer hervorzurufen im Stande sein.

Der Abg. Triest stellt in diesem Sinne einen Un=Verb.=Antrag zu dem Antrage des Abg. Stahl.

Abg. Burmeister: Es giebt für die erste Kammer nur zweierlei: entweder die erbliche Pairie oder die Wahl. Ich bin nicht prinzipiell gegen die erstere, aber ich glaube, daß dieselbe bei uns keine geschichtliche Grundlage hat. Deshalb bleibt nichts als die Wahl. Bei der Wandelbarkeit der Umstände ist die Interessenvertretung nicht zweckmäßig.

Ich empfehle Ihnen deshalb den Antrag des Abg. Kuh zur Annahme. Bei der Berathung über die Gemeinde-Ordnung haben wir es in unserer Hand, die erste Kammer so konservativ zu machen, als wir wollen. Das Vertrauen, welches die Kreisvertreter im Volke haben werden, wird auch auf die darauf beruhende erste Kammer übergehen.

Abg. Keltsch begründet den von ihm gestellten Verbesserungs-Antrag, und empfiehlt event. den Verbesserungsantrag der Abgeordneten v. Dönhoff und zur Mühlen.

Schluß 3 Uhr.
Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr.

Berlin, 22. Nov. Se. Majestät der Kaiser von Oesterreich haben dem Major von Katte, aggregirt dem 3ten Ulanen-Regiment, das Ritterkreuz des Leopold-Ordens, so wie dem Hauptmann Schultz I. vom Ingenieur-Corps und dem Premier-Lieutenant in der Adjutantur, Grafen v. d. Gröben, den Orden der eisernen Krone 3ter Klasse zu verleihen geruht.

Angekommen: Se. Durchlaucht der Herzog Karl und Se. Durchlaucht der Prinz Friedrich zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg, von Dresden. Se. Exzellenz der wirkliche geh. Rath von Frankenberg-Ludwigsdorf, von Breslau. — Abgereist: Der General-Erb-Land-Postmeister im Herzogthum Schlesien, Graf von Reichenbach, nach Hamburg.

[Magdeburg-Wittenbergische Eisenbahn.] Ueber die in öffentlichen Blättern schon mehrfach besprochenen Hindernisse, welche die von der Magdeburg-Wittenbergischen Eisenbahn-Gesellschaft beabsichtigte Ausgabe von Prioritäts-Obligationen gefunden hat, ist uns folgende Mittheilung zugegangen: Bei der Beschlußnahme über den Antrag der Magdeburg-Wittenbergischen Eisenbahn-Gesellschaft auf Ertheilung eines landesherrlichen Privilegiums zur Ausgabe von 2,000,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen mußte das Verhältniß der Gesellschaft zu den wegen Nicht-Einzahlung der siebenten Aktien-Rate präkludirten Aktionairen um so mehr mit zur Erwägung gezogen werden, als bei der in Bezug auf diesen Gegenstand abgehaltenen General-Versammlung vom 8. Juni v. J. erweislich Unregelmäßigkeiten vorgekommen und Stimmen von nicht dazu Berechtigten abgegeben worden sind. Ueber die rechtlichen Folgen dieser Unregelmäßigkeiten findet unter den Betheiligten eine Verschiedenheit der Ansichten statt, welche im Wege der Verständigung nicht hat erledigt werden können. Während von der einen Seite daraus die Ungültigkeit des Beschlusses vom 8. Juni v. J., aus letzterer aber wieder die Ungültigkeit der stattgefundenen Präklusion hergeleitet wird, wird von der andern Seite geltend gemacht, daß auch ohne Hinzurechnung der ungültigen Stimmen eine den präkludirten Aktionairen nachtheilige Majorität vorhanden gewesen, überhaupt aber nach § 14 des Statuts blos das Direktorium über die Annullirung solcher Quittungsbogen, auf welche die ausgeschriebenen Einzahlungen nicht geleistet worden, zu beschließen habe. — Die Entscheidung dieses Streits kann, nachdem Seitens der Verwaltungs-Behörden mehrfache, aber leider vergebliche Versuche zur gütlichen Ausgleichung der obwaltenden Differenz gemacht worden, nur auf gerichtlichem oder schiedsrichterlichem Wege erfolgen. So lange es an einer solchen Entscheidung fehlt, würde in Betreff der Emission der oben erwähnten 2,000,000 Rthlr. Prioritäts-Obligationen immer eine den Werth des neuen Papiers beeinträchtigende Unsicherheit darüber verbleiben, ob der Beschluß, auf welchen die Emission sich gründet, über alle Anfechtungen erhaben sei. — Sowohl im Interesse des Unternehmens als der künftigen Gläubiger hat daher verlangt werden müssen, daß der noch schwebende Streit zuvörderst auf dem Wege der schiedsrichterlichen oder gerichtlichen Entscheidung zum Austrage gebracht werde, wenn es nicht etwa noch gelingen sollte, denselben durch eine gütliche Einigung zu beseitigen. (St. Anz.)

[Die neueste Nummer (8) des Ministerialblattes für die gesammte innere Verwaltung] enthält unter Andern schon bekannten Verfügungen auch eine solche über die Zulassung der Mennoniten zu Geschwornen. Sie sind danach bei Bildung der Geschwornenlisten, wie die Mitglieder anderer Confessionen zu behandeln, nur ist der Unterschied zu machen, daß sie statt der Eidesleistung, welche ihnen ihre Glaubenslehre nicht gestattet, mittelst Handschlag die Erfüllung der Pflichten als Geschworne zu versichern haben. — Eine Verfügung des Herrn Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten bestimmt, daß von jedem Falle, wenn ein Apotheker-Gehülfe den Nachweis über die von ihm vor einem preußischen Physikus abgelegte Gehülfenprüfung zu führen nicht im Stande ist, dem Herrn Minister zur weiteren Beschlußnahme sofort Anzeige zu machen ist. Eine zweite Verfügung in derselben Angelegenheit bestimmt, daß ausländische Pharmazeuten, welche auswärts gelernt, in inländischen Apotheken nicht früher fungiren dürfen, bis sie vor einem inländischen Kreis-Physikus die Gehülfenprüfung bestanden haben. — Nach einer Verfügung des Herrn Ministers für Handel 2c. sind die durch die Verordnung vom 9. Februar angeordneten Meisterprüfungen so lange vor den vorhandenen zwei oder drei Mitgliedern zu bewirken, als nur die beiden Mitglieder aus dem Meisterstande und nur ein oder kein Mitglied aus dem Gesellenstande gewählt werden können. — Eine zweite Verfügung aus demselben Ministerium handelt von dem Gewerbetrieb der mit weiblichen Handarbeiten sich beschäftigenden Frauen und Mädchen. Sobald ein solcher Gewerbebetrieb schon vor Erlaß der Verordnung vom 9. Februar begonnen hat, sind die gewerblichen Befugnisse nach den Vorschriften der Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 zu beurtheilen und Beschränkung aus den neueren Bestimmungen nicht herzuleiten. Bei den erst seit dem gedachten Zeitpunkt mit der Anfertigung von Kleidungsstücken beschäftigten Frauen und Mädchen kann eine Beschäftigung in fremden Häusern auf Tagelohn nicht als selbstständiger Betrieb des Schneiderhandwerks im Sinne des § 23 am angeführten Orte nicht gefunden werden. Nur die Inhaberinnen von Werkstätten sind dahin zu rechnen. — Eine Verfügung aus dem Finanz-Ministerium bestimmt, daß bei der Veräußerung von Domainen, wo sich Kunst- oder geschichtliche Denkmäler befinden, sich die königlichen Regierungen darüber mit dem Baurath von Quast in Beziehung zu setzen haben. — Nach einer anderen Verfügung wird bestimmt, daß das Kaufgeld bei Veräußerungen von Domainen und Forstgrundstücken, ein Viertheil noch vor der Uebergabe, ein Viertheil spätestens ein Jahr nach derselben, und die letzte Hälfte spätestens drei Jahre nach derselben berichtigt werden muß.

G **Berlin, 22. Nov.** [Strelitz. — Friedensunterhandlungen. — Ministerkrisis.] Der Bevollmächtigte für Strelitz im Verwaltungsrathe war Sonnabend Abend abwesend und wahrscheinlich dem Großherzog entgegengereist. So fehlte er bei der Abstimmung. Aber an einen Protest, zu dem freilich einige Neigung existiren mag, wird nicht geglaubt. — Es bestätigt sich, daß die Friedensunterhandlungen mit Dänemark in ein neues Stadium getreten sind. Liliencron war schon früher als Blome von Falkenberg nach Kopenhagen gereist. Dieses letzteren offiziöse Mission im Namen der Statthalterschaft ist Ihnen gemeldet worden. Man versichert mir heute, das betreffende Schreiben der Statthalterschaft sei in sehr versöhnenden Ausdrücken abgefaßt, daher können auch die Friedensunterhandlungen, von denen ich Ihnen in einem meiner letzteren Berichte schrieb, noch keine bestimmte Gestalt angenommen haben. Der gewiß festgehaltene Gedanke, daß Preußen sie fortleiten solle, bleibt dennoch dem Resultat der bezeichneten, offiziösen Mission untergeordnet. Dies Resultat muß also jedenfalls erwartet werden. — Ich bin im Stande, Sie über die Gerüchte eines Konfliktes an hoher Stelle bezüglich der deutschen Politik durchaus zu beruhigen. Der König, die Minister und Herr von Radowitz sind einmüthig entschlossen. Ja, in der diplomatischen Welt beginnt man das Parlament als politische Nothwendigkeit anzuerkennen. Das ist ein lobenswerther Fortschritt und als Symptom gewiß von Bedeutung.

C. C. **Berlin, 22. Novbr.** [Die Grundsteuer-Exemtionen.] Während fast in allen Tagesblättern in diesem Augenblicke das Verlangen sich ausspricht, zu wissen, **ob und was die Regierung in Betreff der durch das Patent vom 5. Dezember v. J. zugesicherten Aufhebung der Grundsteuerexemtionen zu thun entschlossen sei,***) ist die, wie wir glaubten, durch den Streit in der Presse bereits erschöpfte Frage über die Zulässigkeit einer solchen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen in einer Broschüre wieder aufgenommen, welche unter dem Titel: „Bemerkungen zu der Schrift des Herrn L. K." in Leipzig kürzlich erschienen, und um so mehr der Beachtung werth ist, als sie auf einer genauen Kenntniß der Gesetzgebung und der Verwaltung des preußischen Staats in allen ihren Details zu beruhen scheint. In dieser Beziehung ist das Streben des Verfassers zunächst dahin gerichtet, nachzuweisen, daß aus den Bestimmungen der Edikte vom 27. Oktober 1810 und vom 7. September 1811 eine rechtliche Verbindlichkeit für den Staat gar nicht hergeleitet werden könne, die damals über die Grundsteuerausgleichungen gethanen Verheißungen zu erfüllen, weil jene Verheißungen damals nichts weiter als die Mittheilung eines Planes gewesen, der wegen der sich ihm entgegenstellenden Schwierigkeiten nicht habe zur Ausführung kommen können. Dagegen beständen die provinziellen Zusicherungen über Unabänderlichkeit der Grundsteuerkataster und insbesondere die gesetzlichen Bestimmungen über Privilegien noch in ungeschwächter Kraft, und nach diesen könnten dergleichen Privilegien, wenn sie durch lästigen Vertrag erworben, zwar durch den Staat aufgehoben werden, allein nicht ohne Entschädigung der Privilegirten. Hierin liegt indeß offenbar ein Irrthum in der Deduktion. Zunächst sind wohl die provinziellen Verheißungen auch nichts weiter, als die Mittheilung eines damals gehegten Planes, der aber später bei veränderten Vorstellungen hat wieder aufgegeben werden müssen. Sodann ist es irrig, die Exemtionen von der landesüblichen Steuer als „Privilegien" ihrem strengrechtlichen Begriffe nach zu bezeichnen. Privilegien sind Ausnahmen vom allgemeinen Gesetze zu Gunsten Einzelner und müssen ausdrücklich verliehen sein. So verhält es sich mit der geringeren Belastung der sogenannten exemten Grundstücke aber nicht. Ihre mindere Belastung beruhte in der allgemeinen Gesetzgebung selbst; die Gesetzgebung war also eine ungleichartige, und diese Ungleichartigkeit muß sich auch durch einfache Akte der Gesetzgebung wieder beseitigen lassen. Eigentliche Privilegien sind in Betreff der Grundsteuer Niemandem verliehen und ein Recht auf eine Entschädigung kann deshalb aus den landrechtlichen Bestimmungen über Privilegien nicht hergeleitet werden. — Eine solche Entschädigung, fährt der Verfasser fort, wäre aber auch bei der Grundsteuer nicht möglich, denn sogleich stellte sich die Schwierigkeit heraus, wer sie zu zahlen verpflichtet sein solle. Soll die Staatskasse die Vergütung übernehmen, so wäre dies nicht ohne eine erhebliche Erhöhung der Abgaben möglich; soll die Provinz sie übernehmen, so würde die Belastung hier nicht nur noch fühlbarer, sondern die einzelnen Provinzen auch in sehr ungleichem Maße getroffen werden. Soll endlich eine Ablösung unter den Grundbesitzern selbst eintreten, etwa nach Art der Bestimmungen über die Ablösung der ausschließlichen Gewerbsberechtigungen, so würden die bisher schon besteuerten Theilnehmer an dieser neuen Last, wie in den beiden obigen Fällen, immer wieder fragen, wofür sie die Zahlung leisten sollen, und welcher Vortheil ihnen dafür erwächst. Vom Standpunkte des Rechts sei also eine Aufhebung der Grundsteuerfreiheiten weder ohne Entschädigung, noch auch mit Entschädigung zulässig und ausführbar. — Sodann betritt der Verfasser das staatswirthschaftliche Gebiet, indem er gegen die dem § 100 der Verfassungsurkunde zu Grunde liegende Idee von der gleichen Vertheilung der Staatsabgaben auszuführen sucht, daß die Verschiedenheiten in der Belastung der Grundstücke eigentlich gar keine Ungleichheiten enthielten. — Hier verwickelt sich derselbe aber augenscheinlich in Widersprüche. Schon vorher hatte der Verfasser erklärt, der Irrthum, die Grundsteuer sei auszugleichen wie andere Steuern, beruhe auf einer Gleichstellung derselben mit Klassen- oder Gewerbesteuer; allein eine einfache, gar nicht zu bestreitende Thatsache zeige sonnenklar die ganz verschiedene Natur der Grundsteuer. Nun kommt das bekannte Beispiel: „Es kauft Jemand ein Grundstück, dessen jährlicher Reinertrag 1000 Rtlr. beträgt, so besitzt er in demselben bei 5 pCt. ein Vermögen von 20,000 Rtlr. Wird dasselbe nun mit einer Grundsteuer von 1000 Rtlr. belastet, **so trägt das Grundstück fürs künftige nur 900 Rtlr. Niemand wird ihm daher mehr für dasselbe als 18,000 Rtlr. geben, und er hat also eine Vermögenseinbuße von 2000 Rtlr. erlitten.** Es folgt daraus, daß auch jeder fernere Käufer des Grundstücks die Steuer zwar zu zahlen, aber nicht mehr zu tragen hat, denn er hat sein Grundstück um den Kapitalbetrag der Grundsteuer wohlfeiler gekauft. Etwas Aehnliches findet sich bei keiner andern Steuer, namentlich nicht bei der Klassensteuer und Gewerbesteuer." — Schon in dieser Behauptung irrt der Verfasser. Die Gewerbesteuer z. B. einer Wassermühle richtet sich nach der Zahl der Gänge, ein voller Gang zahlt 12 Rtlr. Wer eine Wassermühle mit 4 vollen Gängen besitzt, entrichtet davon 48 Rtlr. Gewerbesteuer. Erhöhte nun der Staat durch einen Akt der Gesetzgebung die Mühlengewerbsteuer von 12 Rtlr. auf 24 Rtlr. auf den Gang, so wäre der Mühlenbesitzer nach der obigen Deduktion, falls er seine Mühle verkaufte, ebenfalls um den Kapitalbetrag der neu auferlegten 48 Rtlr. Steuer in seinem Vermögen verkürzt, denn der neue Erwerber zahlt fortan nur einen um den Kapitalbetrag von circa 1000 Rtlr. geringern Kaufpreis für die Mühle. Also ein Analogon für das Grundsteuerbeispiel findet sich bei der Gewerbesteuer auch, und zwar hier viel schlagender. Denn, und hier gelangt der Verfasser selbst, — ohne es zu wollen, — zu der Unrichtigkeit seiner obigen Deduktion, das Grundstück trägt eigentlich gar nicht die Last, weil keiner Sache, mithin auch keinem Theile des Bodens eine Steuerverpflichtung obliegen kann, sondern nur der lebendige Mensch als Besitzer des Grundstückes. (S. 13.) Zudem verändert sich (S. 17) kaum eine andere Erwerbsquelle in wenigen Jahren in Rücksicht des Einkommens, welches sie giebt, mehr als die landwirthschaftliche, welche von der Persönlichkeit des Wirths und dem Bestande des Inventariums abhängt, und (besonders wenn Meliorationen glücken) eben so schnell steigen, als durch örtliche Kalamitäten sinken kann... Es giebt deshalb (S. 19) keine irrigere Annahme, als daß der Bodenwerth vor Allem das sicherste sein soll; denn der Ertrag, sowie der Zinssatz, sind dem größten Wechsel unterworfen. Der Erbau hängt von der Witterung, die Preise von den Handelskonjunkturen, und was dem Besitzer übrig bleibt, von der Höhe des Arbeitslohnes und der Kapitalsanlage und deren Verzinsung ab. Je weniger die Richtigkeit dieser Argumentation zu bestreiten ist, um so mehr muß es auffallen, daß dem Verfasser der Widerspruch entgangen ist, in welcher er mit seinem ersten Exempel dadurch geräth, und wie vollständig unrichtig

---

*) Die Antwort, welche uns die ministerielle „Konstitutionelle Korrespondenz" auf die oben aufgeworfene Frage in diesem Artikel giebt, erscheint in diesem Augenblicke um so bedeutungsvoller, als wir nächstens die Antwort des Staatsministeriums selbst in den Kammern zu erwarten haben. Red.

es ist, von einem Gute zu sagen, es habe einen bestimmten Reinertrag: danach bemesse sich sein Kaufpreis, und dieser Kaufpreis, und also das Vermögen des Verkäufers werde jederzeit um den Kapitalbetrag der auferlegten Grundsteuer verkürzt. Der Kaufpreis eines Gutes wird vielmehr durch die Hoffnung des Erwerbers bestimmt, welchen Reinertrag es ihm gewähren werde, und diese Hoffnung stützt sich auf die Persönlichkeit, seine Einsicht, seine Thätigkeit, seine Kapitalien, die Handelskonjunkturen u. s. w. Umfang und Güte des Bodens ist nur ein Faktor von mehreren. Es ist danach also auch ganz unmöglich, im Voraus allgemein bestimmen zu wollen, welche Differenz sich durch die Auferlegung von Grundsteuer bei künftigen Verkäufen der Grundstücke in den Kaufpreisen herausstellen wird. Viele Güter werden trotz der Grundsteuer theurer verkauft werden, als sie gekauft sind, andere können ungeachtet keine neue Grundsteuer auferlegt ist, für geringeren Kaufpreis fortgehen. Nun kommt aber hinzu, daß der bei weitem größere Theil der Güter in der Hand ihrer Besitzer verbleibt, und also die einzige Voraussetzung, wo eine Verkürzung des Vermögens in dem Kaufpreise sichtbar werden könnte, in den meisten Fällen gar nicht eintreten wird. — In dieser Ansicht bestärkt sich der Verfasser noch, — ebenfalls ohne die Rückwirkung auf seine früheren Behauptungen über die Natur der Grundsteuer wahrzunehmen, — indem er im ferneren Verlaufe der Schrift (S. 28 sequ.) der Meinung entgegentritt, als erfordere die künftige Stellung der Gutsbesitzer in der Gemeinde- und allgemeinen Volksvertretung eine zuvorige Ausgleichung der Grundsteuer-Exemtionen. Denn es findet sich, wie sehr man auch die Vorzüge des Grundbesitzes hervorzusuchen bemüht ist, doch immer, daß die Grundbesitzer keine besondere Masse ausmachen, sondern nur den Kapitalisten oder den Gewerbtreibenden angehören. — Hat der Gutsbesitzer sein Gut verpachtet, so gehört er nur den Kapitalisten an, wird das Gut aber von ihm oder für seine Rechnung bewirthschaftet, so tritt er in die Klasse der Gewerbtreibenden, und in dieser Beziehung hängt seine Stellung lediglich von dem Erfolg seines Gewerbes ab. — Hiernach können daher die Grundbesitzer keine andere Stellung im Staate beanspruchen, als nach Maßgabe ihres Kapitals oder Gewerbebetriebes.

(Fotsetzung morgen.)

A.Z.C. Berlin, 22. Novbr. [Tagesbericht.] Die Eisenbahn-Gesetzgebung ruft augenblicklich unter den Abgeordneten eine lebhafte Bewegung hervor und dürfte vielleicht in nicht ferner Zukunft noch mancherlei Schwierigkeiten bieten. Daß man in der ersten Kammer von mehreren Seiten entschlossen ist, die in der zweiten Kammer bereits bewilligte Eisenbahn-Anleihe vorher einer sehr scharfen Kritik zu unterwerfen, ist bereits mitgetheilt. Die alte Erfahrung, daß selbst die ministeriellste Anhänglichkeit an dem Geldpunkt scheitern kann, scheint sich hier wiederholen zu wollen. Dazu kommen aber noch Bestrebungen von außerhalb, die auf das Votum oder vielmehr auf das Nichtvotum der ersten Kammer ihre Hoffnung bauen. Die eine dieser Bestrebungen gilt der vielbestrittenen Richtung der Ostbahn, die andere der gleichzeitigen Genehmigung der Posen-Breslauer Bahn. In beiden Beziehungen laufen Staatswohl und Privatinteressen mannigfach und mehr als sich hier füglich aussprechen läßt, durcheinander; — Grund's genug, die Leidenschaften zu erhitzen und zu stacheln. Während aber sich dies in der ersten Kammer vorbereitet, hat der Minister v. d. Heydt in der zweiten nicht mindere Kämpfe wegen der den beiden rheinischen Bahnen Aachen-Düsseldorf und Ruhrort-Krefeld (Kreis Gladbach) zu gewährenden Zinsgarantie zu bestehen. Viele Abgeordnete sind gegen diese Bewilligung, weil sie jene Bahnen lediglich als ein Spekulationsprodukt rheinischer Industrie ansehen, welches den Unternehmern, die es begonnen, auch zur Ausführung zu überlassen sei. — Der Prinz von Preußen soll nach neueren Dispositionen seinen gegenwärtigen Aufenthalt in hiesiger Residenz bis zum Anfange des nächsten Monats verlängern wollen. — Die Mitglieder des Staatsministeriums kommen jetzt in der Regel wöchentlich dreimal des Abends im Hotel des Minister-Präsidenten Grafen v. Brandenburg zu Berathungen zusammen. Eine solche Berathung fand erst gestern Abend wiederum statt. — Man will in Folge ergangener Anzeigen Seitens der Pariser, so wie der Würtemberger und Frankfurter Polizei hierselbst sozialistischen Emissairen auf der Spur sein, die nach der Versicherung von Polizeibeamten in diesem Augenblick vielleicht schon in Hamburg verhaftet sein dürften — In den letzten Tagen sind wieder 29 Polen aus Berlin gewiesen worden. Mehrere waren gar nicht angemeldet und hielten sich bei zweideutigen Mädchen auf, die wegen unterlassener Anmeldung ebenfalls in polizeiliche Ordnungsstrafe genommen wurden. — Die Nachricht, daß der Zahnarzt Wahländer, wegen des ihm beim Aetherisiren begegneten Unglücks, Berlin flüchtig verlassen habe, ist falsch. Derselbe befindet sich nach wie vor in seiner Wohnung und sieht dem Ausgange der wider ihn eingeleiteten Untersuchung ruhig entgegen. Er wird höchst wahrscheinlich völlig freigesprochen werden. — Von beiden Parteien, der konservativen wie der demokratischen, werden fortwährend lebhafte Anstrengungen gemacht, um die Geschworenen für den Waldeck'schen Prozeß zu bearbeiten. Die Presse assistirt ihnen dabei von der einen Seite in der Kreuz-Zeitung, von der anderen in der demokratischen und Urwähler-Zeitung auf das Beharrlichste. Die übrigen Organe beobachten jedoch ein angemessenes und anerkennenswerthes Schweigen. Es sind jene Machinationen für die Heilighaltung der Justiz um so bedauerlicher, als selbst die unlautersten Mittel nicht gescheut werden sollen, um auf die Ueberzeugungen zu influiren. — Soeben ist der Mörder der Wittwe Hirsch, ein Schlächtergeselle, welcher Bräutigam der Aufwärterin der Ermordeten war, ergriffen und der Verbleib der geraubten Papiere ermittelt. Der Verbrecher gestand sofort ein und ein Polizeibeamter wurde nach Stettin gesandt, wo ein Theil des geraubten Gutes befindlich ist. Der Mörder wurde beim beabsichtigten Verkauf eines Papieres entdeckt. — Das gestrige Gleichniß, welches der Abgeordn. Scheller in der ersten Kammer von der Königsmauer herleitet, hat unter den Abgeordneten der rechten Seite eine gewaltige Entrüstung hervorgerufen und wird wohl weitere Erklärungen zur Folge haben.

P.C. Berlin, 22. Nov. [Hannover und der Drei-Königsbund.] Was wird die hannoversche Kammer machen? Einfache Antwort: die Sache ablehnen. Nach dem Siege begehren die Demokraten ihren Lohn und die Majorität ist zerfallen. Die Stockaristokratie vergiebt dem Ministervorstand Stüve nie, daß die Märzereignisse den Bürgerlichen ans Ruder brachten, und sein Stern wird rasch untersinken im Lethe einer ungetreuen Politik. — Und was weiter? — Der König ist alt, der Konsequenz wegen geachtet, man wird seinen Heimgang abwarten. — Anders ist der Fall, wenn der Kronprinz den Thron einnimmt; die Geschichte kennt keinen Herrscher, der blind den Thron bestieg; dagegen ließe sich viel sagen — in jedem Falle wird die Regierung eine schwache sein. Es wird sich kein Mann finden, der das gegenwärtige System auf seine Schultern nimmt, der es einige Jahre zu tragen vermag. Dann wird man einen Anbahnungspunkt suchen müssen und diesen kann nur Preußen und der engere Bund sein. — Deshalb nur getrost den Reichstag berufen — im Fall man es ehrlich meint — und der Erfolg wird nicht ausbleiben! Indem der Bund die preußische Heer-Verfassung annimmt, verdoppeln sich seine Kräfte, weil alsdann sichere Rechnung auf diese zu machen ist. Auch die materiellen Interessen verbrüdern sich und Hannover wird von seinem Isolirschemel herabsteigen müssen, um deutsche und nicht österreichische Politik zu treiben. Alles hängt jetzt von den preußischen Kammern ab. Mancher gerechte Tadel mag das Ministerium treffen — allein das sind Familiensachen; die deutsche Frage erfordert es durchaus, diese Männer, welche ihre Ehre für die Durchführung verpfändet haben, zu halten gegen alle Machinationen der Ultras und Schwarzgelben. — Oesterreich braucht 10 Jahre, um seine sprachverwirrte Reiche leidlich zu einem Gesammtstaat zusammenzuleimen; es fürchtet die Erfolge Preußens in Deutschland; Schmerling intriguirt — allein bei schiefen Gesichtern wird es sein Bewenden haben! Nicht allein an die Kammern, sondern auch an das preußische Volk appelliren wir, damit es die Wichtigkeit der bevorstehenden Wahlen zum Reichstage erfasse und lebendige Theilnahme bezeige. Deutschlands und die eigenen Geschicke sind in die Hand der Wähler gelegt! Wir rufen die Wächter auf die Warten, ein großer Tag steht bevor und ihr Ruf möge die Schlafenden wecken und die Stunde der Entscheidung verkünden! — Wie der Ausgang auch sei, wir sprechen mit Johannes Müller: „Wer verliert, hat Niemand anzuklagen als sich selbst!"

C. B. Berlin, 22. November. [Vermischte Nachrichten.] Der Waldeck'sche Prozeß wird nicht im Zellengefängniß, sondern im großen Sessionszimmer des Kriminalgerichts verhandelt werden. Die Funktionen des öffentlichen Ministeriums wird nicht Herr Sethe selbst, sondern sein Assistent Herr Meier versehen. Es ist nachgegeben, daß 2 Stenographen Plätze im Saale erhalten; 8 Stenographen werden in der Aufzeichnung der Verhandlungen unter einander wechseln. — Die Vorfälle auf dem Dönhofsplatz bei Auflösung der 2. Kammer am 27. April haben zu einem Konflikte zwischen der Staatsanwaltschaft und der Rathskammer des Kriminalgerichts geführt. Es wurde eine Untersuchung auf Grund des Tumultgesetzes gegen den Referendarius a. D. Nord und den Buchdruckereibesitzer Lauter eingeleitet. Die Rathskammer hat die Versetzung dieser Personen in den Anklagestand beschlossen. Der Staatsanwalt hält dafür, daß die Anklage fallen zu lassen sei und hat auf Entscheidung des Anklagesenats des Appellationsgerichts provocirt. — Die Behörden scheinen in der That von Absichten die auf eine Volksbewegung schließen lassen könnten, Nachricht erhalten zu haben. Vor einigen Tagen war das Gerücht verbreitet, die Polizei fahnde auf Mierolowski, von dessen Ankunft in Berlin sie Kenntniß erhalten habe; und gestern wurde den Gasthofbesitzern aufgegeben, die Herren v. Unruh und Uhlich, sobald dieselben hier einträfen, ungesäumt bei der Polizeibehörde anzumelden. — Der niederschlesische Bahnzug brachte uns heute wieder ungarische Gäste. Fürst Paul Esterhazy, Divisions-General bei der Revolutionsarmee traf in Begleitung zweier anderer Offiziere, Ignaz Nedbal und Alexander Karolyi, hier ein; sie mußten jedoch mit einem Zwangspaß versehen sich sofort nach Hamburg begeben. Der Fürst unterhielt sich auf den Bahnhöfen mit vielen Personen, die in seine Nähe kamen und machte den Eindruck eines liebenswürdigen Mannes. Es schien bereits gegen 50 Jahr alt zu sein.

[Kammern.] Der Abg. Osterrath und Genossen haben folgenden beachtenswerthen Antrag in der zweiten Kammer gestellt: in Erwägung 1) daß es einer mächtigen Nation geziemt, einer andern Nationalität, deren Geschick ihr anvertraut worden, die Fortdauer ihrer nationalen Entwickelung zuzusichern; 2) daß dieser letztern ein Recht auf eine Zusicherung dieser Art zusteht; 3) daß in Bezug auf den polnischen Stamm der Vertreter der kgl. Regierung, Herr Staatsminister v. Manteuffel, unter Bezugnahme auf die Verfassung des deutschen Bundesstaates vom 26. Mai 1849 § 186 ausgesprochen hat: „die Nationalität selbst will die preußische Regierung den polnischen Unterthanen in keiner Weise entziehen;" 4) daß endlich die Vertreter des preußischen Volks diese Zusicherung auszusprechen bei weitem mehr Veranlassung haben, als die Vertreter des Bundesstaates, beschließen: **folgende Artikel in die preußische Verfassung aufzunehmen: „den nicht deutsch redenden Volksstämmen des preußischen Staats ist ihre volksthümliche Entwickelung gewährleistet, namentlich die Gleichberechtigung ihrer Sprachen, soweit deren Gebiete reichen, in dem Kirchenwesen, dem Unterrichte, der inneren Verwaltung und der Rechtspflege."** Der Antrag ist von nachfolgenden Abgeordneten mit unterstützt: Lohmann, Hesse (Brilon), Wildermann, Dr. Scholten, Maas, Wiese, Brockhausen, Linhoff, Junckmann, Kersting, Wibberich, Terbeck, Rohden, Rey, Reichensperger, Hüffer, Schultz, Leul, Contzen, Richter, Menzel, Lensing, Tellkampf, Rodehuth, Plaßmann, Kellner, Schwarz, Poppe, Grenzberger, Disterweg. — Der Gesammtvorstand der ersten Kammer hat soeben seinen Bericht über den Ausgabe-Etat der zweiten Kammer erstattet, welche ihrerseits über den ihr von der ersten Kammer vorgelegten Etat der letzteren schon früher Beschluß gefaßt hatte. Der Gesammtvorstand tritt der zweiten Kammer überall bei und dürfte danach, falls, wie nicht zu bezweifeln ist, die erste Kammer zustimmt, die ganze Etat-Angelegenheit beider Kammern geordnet sein. Der jährliche Gesammtetat beider Kammern beträgt 222,500 Rthl. Es wird derselbe nunmehr der Staatsregierung zur Erklärung, beziehungsweise zur Einholung der Genehmigung der Krone zugehen und alsdann die Aufnahme in den Staatshaushalts-Etat erfolgen. — Die zur Vorberathung über den Beschluß der zweiten Kammer, betreffend eine gleichzeitige Berathung des Staatshaushalts pro 1849 und 1850, niedergesetzte Kommission der ersten Kammer hat sich ebenfalls in Anerkennung des Gewichts der dafür sprechenden Gründe für jenen Beschluß ausgesprochen.

C. C. Die Accessionsurkunden für das Interim sind von Nassau und den Anhaltischen Staaten eingegangen. — Unser hochseliger und unser jetziger König schmückten die Räume der Singakademie mit den Büsten berühmter Musiker und Dichter. Daher hat die Akademie beschlossen, zum Zeichen der Dankbarkeit die Büsten der gütigen Geber aufzustellen, deren Ankauf durch freiwillige Beiträge bestritten wird.

Königsberg, 20. Novbr. [Wahl. Lotterie-Gewinn.] Bei der letzten in Tilsit stattgefundenen Abgeordneten-Wahl zur ersten Kammer wurden von den anwesenden 6 Wahlmännern einstimmig Reg.-Rath v. Merkel in Liegnitz und Kommerzien-Rath Abegg in Danzig; bei der am 15. November in Gumbinnen veranstalteten Wahl, Herr v. Simpson-Georgenburg erwählt. — Von dem 40,000 Rtl. Gewinn in Danzig ist ein Viertel zwölf nicht chargirten Artilleristen und ein anderes den weiblichen Dienstboten des Kaufmanns Hirsch und fünf bei der Cigarrenfabrikation beschäftigten Mädchen zugefallen.

(Königsb. Z.)

Posen, 21. Novbr. [Entlassung der Reserven.] Heut früh fand die Entlassung unserer Reserven vom 5. und 8. Infanterie-Regiment aus den Jahren 1845 und 46 statt. Denselben, gegen 400

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit zwei Beilagen.

Erste Beilage zu № 275 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 24. November 1849.

(Fortsetzung.)

Mann, wurde durch die resp. Regiments-Musiken das feierliche Geleit gegeben. Ein Theil geht auf der Eisenbahn, der andere zu Fuß in die Heimat zurück. Vor ihrem Ausmarsch aus der Stadt versammelten sich dieselben auf dem Wilhelmsplatz und brachten dem Könige, dem Vaterlande und den sie begleitenden Regiments-Kommandeuren und Offizieren weitschallende Hurrah. (Pos. Z.)

Bromberg, 19. November. [Erbitterung der Polen gegen die Deutschen.] Seit einiger Zeit tritt das polnische Element dem Deutschen wieder in einigen Theilen unserer Provinz mit der alten Erbitterung entgegen; in unserem Departement haben wir dies besonders in dem südlichen Theile, und namentlich in den Kreisen Gnesen, Wongrowiec und Mogilno zu beklagen. In ersterem trägt dazu nicht wenig die Tödtung eines polnischen Bauern durch einen Soldaten bei, welcher letztere sich nach authentischen Berichten mit mehreren Kameraden durch eine Menge polnischer Bauern und Knechte mit dem Rufe: „schlagt die deutschen Hunde todt!" bedrängt sah. Auch ist in demselben Kreise vor dem Gnesener Schwurgericht der Lehrer Lewandowski aus Ostrowitte, welcher im vorigen Jahre, ein geladenes Pistol in der Hand, einen Zug Insurgenten nach Trzemesno führte, freigesprochen worden, was auf die Deutschen jener Gegend einen üblen Eindruck gemacht und die Schwurgerichte in Mißkredit gebracht hat. Im Wongrowiecer Kreise haben sich die polnischen Bauern sogar dem Spezialkommissarius Hanke, welcher nach Gorzyce zur Bonitirung der Ländereien geschickt worden war, mit Gewalt widersetzt, so daß derselbe ein Militärkommando aus Wongrowiec requiriren mußte. Dies erschien 22 Mann stark, und verschaffte der Autorität des genannten Kommissarii die nöthige Geltung. Immer bleibt es, besonders bei der Nähe der Ausführung der Demarkations-Linie, wünschenswerth, daß jene Theile der Provinz nicht gar zu sehr von Militär entblößt werden, damit dies im Nothfalle gleich bei der Hand sei. Dieser Wunsch gewinnt auch dadurch noch an Bedeutung, daß in einigen Orten der genannten Kreise seit dem Ausmarsch der früher in der Nähe stehenden Truppen über schlechtes Eingehen der Steuern geklagt wird. (Pos. Z.)

Stettin, 22. Nov. Heute Mittag 1 Uhr ist die Amazone von hier nach Danzig unter Segel gegangen. (Ostf.-Ztg.)

Köln, 20. November. Zu heut oder morgen wird hier die Ankunft Cabrera's erwartet. Er wird in Begleitung des Infanten Don Juan, zweiten Sohnes des Don Carlos und Gemahls der Schwester des regierenden Herzogs von Modena, hier durchkommen. Es erwarten ihn hier Briefe aus London. (D. Volksh.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 20. November. Heute Nachmittag ist der **gothaer Ausschuß, verstärkt durch alle nicht zu fern von Frankfurt wohnenden Mitglieder der Partei, versammelt, um über die auf seine vertraulichen Anfragen in Berlin hierher gelangte Antwort zu berathen.** Die Beschlüsse werden der Oeffentlichkeit übergeben werden. (Reform.)

Vom badischen Oberrhein, 18. Nov. [Die Fragen des Interims und der Dreikönigsverfassung] beschäftigen bei uns alle Männer von politischer Denkfähigkeit fast mit jeder Stunde lebhafter und angelegentlicher, und es zeigt sich dabei die Erscheinung, daß die Sympathien für das Bündniß vom 26. Mai und den ihm zu Grunde liegenden Gedanken in demselben Grade wachsen und erstarken, in welchem die Zweifel über seinen Fortbestand und sein Gedeihen von so vielen Seiten her sich immer geräuschvoller aussprechen. Enthält irgend eine Thatsache eine entscheidende Beweiskraft für die wachsende Erkenntniß in den politischen Kreisen Süd-Deutschlands über das, was die gegenwärtige Lage erfordert, so wie überhaupt für den Umschwung der süddeutschen Stimmungen für Preußen, so ist es die derzeitige Agitation des würtembergischen Exministers Römer zu Gunsten des preußisch-deutschen Bundesstaates, der diesem Mann früher ein so verhaßter Stein des Anstoßes war. Die lockenden Bilder der Wiener Zeitung über eine „künftige" Zoll- und Handelseinigung Oesterreichs mit Deutschland, welche der preußische Staatsanzeiger bereits in die gehörige Beleuchtung versetzt hat, verfangen bei uns im südwestlichen Deutschland nicht, auch nicht, wie die Erfahrung des Tages zeigt, bei unseren Nachbarn in Würtemberg, und dem Herrn v. d. Pfordten wird es schwer werden, seine Baiern noch länger an diesem Köder festzuhalten. Alle verständigen Leute in Deutschland verlangen nach gerade mit Ungestüm das Erreichbare für die Gegenwart, auf die „etwa reifenden Beschlüsse" der österreichischen Politik vor der Hand gerne verzichtend. (Ref.)

Stuttgart, 19. November. [Der ständische größere Ausschuß] hat heute nachstehende, auf die Grundlage der Vorträge zweier Berichterstatter, den 17. d. M. mit sechs gegen drei Stimmen beschlossene Eingabe an die königliche Staatsregierung genehmigt und an den Ort ihrer Bestimmung abgehen lassen:

„Eurer königlichen Majestät erlauben wir uns allerunterthänigst vorzutragen, daß wir in unserer heutigen Sitzung die königl. Verordnung vom 12. d. M., betreffend die derzeitige Festsetzung einer Eidesformel für die zur Revision der Verfassung gewählten Volksvertreter, geprüft haben. — Wenn wir auch unter den gegebenen Umständen — trotz vielfach geäußerter Bedenken — gegen diese Verordnung keine Einsprache erheben, so giebt die Ziffer 2 der Motive zu derselben, welche ausspricht, „daß die deutsche Reichsverfassung nicht zu Stande gekommen, weil solche zwischen den deutschen Regierungen und dem Volke noch nicht abgeschlossen sei," der Ansicht Raum, daß hierdurch das Vereinbarungs-Prinzip geltend gemacht werden wolle, welches die Regierung Eurer königlichen Majestät und die Stände niemals anerkannt, indem diese vielmehr in Uebereinstimmung mit jener wiederholt ausgesprochen haben, daß die deutsche Nationalversammlung das allein berechtigte Organ zur Errichtung des deutschen Verfassungswerks sei. Um nun jedes Mißverständniß zu beseitigen, bitten wir Ew. königl. Maj. unterthänigst:

noch vor Eröffnung der Ständeversammlung eine beruhigende Erklärung darüber zu ertheilen, daß durch die erlassene Verordnung die Anerkennung der Reichsverfassung, insbesondere auch des ganzen sechsten Abschnittes derselben, welcher die Grundrechte des deutschen Volkes enthält, nicht habe in Frage gestellt werden wollen.

In tiefster Ehrfurcht beharret Eurer königl. Maj. unterth. treugeh. ständischer Ausschuß."

Nach andern Nachrichten soll die württembergische Opposition, welche die Mehrheit der neuen Constituante bildet, die Absicht haben, den abgekürzten Eid zwar zu leisten, dagegen das Ministerium in Anklagestand zu versetzen, sobald die Kammer konstituirt ist. Durch die darauf nothwendig folgende Auflösung hofft sie eine neue Agitation in's Land zu bringen. — Die in Vorarlberg sehnsüchtig harrenden österreichischen Bataillone wollen diese Herren nicht sehen. Wenn nur agitirt ist und Württemberg zu einem zweiten Baden wird, dann ist ihr Zweck erreicht. (Konst. Z.)

München, 19. Nov. [Verschiedenes.] Heute oder morgen wird Minister v. d. Pfordten von seiner Erholungsreise wieder eintreffen, und seine beiden Portefeuilles übernehmen. Die Kammer der Abgeordneten wird im Laufe dieser Woche fast täglich Sitzung halten, da hiefür genügend Stoff vorhanden ist. — Dem bisherigen Oberstallmeister Grafen v. Lerchenfeld ist die bisher unbesetzt gewesene Stelle eines Hofmarschalls übertragen worden. (A. Z.)

Weimar, 19. Nov. [Die thüringische Union.] Am 17. Nov. fand hier die Zusammenkunft der thüringischen Landtagsabgeordneten im hiesigen Rathhause statt, bei welcher mit Ausnahme Meiningens, die sämmtlichen übrigen Landtage vertreten waren. Dem Vernehmen nach hat man sich im Allgemeinen für einen gemeinschaftlichen landständischen Ausschuß, zu welchem jeder Einzellandtag eine Anzahl Vertreter nach Verhältniß der Seelenzahl seines Landes senden sollte, geeinigt. Es wurde verabredet, daß vorerst nur sieben Gesetze, darunter die Gemeindeordnung, das Strafgesetzbuch, die Strofprozeßordnung, die Civilprozeßordnung, dem Ausschusse vorgelegt werden sollten, außerdem aber nur diejenigen Entwürfe, in Beziehung auf welche Regierungen und Stände der einzelnen Staaten die Berathung durch diesen Ausschuß beschließen würden. Ein fernerer nothwendiger Schritt ist nun aber freilich der, daß auch die sämmtlichen Regierungen den angenommenen Grundsätzen ihre Zustimmung ertheilen. Wenn nun nach mancherlei Verhandlungen und Korrespondenzen auch dieses Ziel erreicht ist, so ist mindestens ein kleiner Anfang gemacht, um unserer traurigen Rechtszersplitterung ein Ende zu machen. (Konst. Z.)

Hannover, 21. Novbr. [Landtag.] Die erste Kammer fährt in heutiger Sitzung in der Berathung über den Beschluß zweiter Kammer wegen der Amnestie für politische Verbrechen fort. Bei namentlicher Abstimmung wird der Beschluß der zweiten Kammer mit 36 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

In heutiger Sitzung der zweiten Kammer kommt der Tagesordnung gemäß zunächst der Gesetzentwurf, die Bildung von Schwurgerichten betreffend, zur zweiten Berathung. Das Gesetz wird mit einem von Schlüter zum Eingange gestellten Verbesserungsantrage, wonach das Gesetz nur provisorische Gültigkeit erlangen soll, zum zweiten Male angenommen. (Hann. Ztg.)

Braunschweig, 21. Novbr. Die Nachricht, daß die hiesige Regierung mit der preußischen in Bezug auf die Administration unsers Truppenkorps in Unterhandlung getreten sei, ist vollkommen gegründet. Oberst Morgenstern, welcher als Kriegsminister fungirt, befand sich zu diesem Zwecke mehrere Tage in Berlin, ist aber nunmehr zurückgekehrt. Das Resultat ist noch ungewiß. (Magd. Z.)

Hamburg, 21. November. [Ueber die Reise des Grafen Blome-Falkenberg] aus Schleswig nach Kopenhagen erfahren wir aus sicherer Quelle, daß dieselbe allerdings auf Veranlassung der Statthalterschaft erfolgt sei. Die Statthalterschaft hat nämlich noch immer den Plan nicht aufgegeben, durch eine direkte Vermittelung mit dem dänischen Kabinet den Streit der Herzogthümer mit Dänemark zu ordnen. Graf v. Blome ist als ein streng konservativer und ehrenhafter Charakter von allen Seiten gleich geachtet, deshalb hat man ihn dazu ersehen, um eine Anbahnung auf diesem Wege zu vermitteln. Daß dieses ganz unabhängig von anderen diplomatischen Verhandlungen geschieht, dürfte sich wohl von selbst verstehen; und sind die aus dieser Reise, so wie aus der gleichzeitig erfolgten des Baron v. Pechlin und Kammerherrn v. Reedtz entstandenen Folgerungen, daß der Friede preußischerseits in Kopenhagen unterhandelt werde und Herr v. Usedom sich auch dorthin begebe, gänzlich aus der Luft gegriffen. (Ref.)

Schleswig-Holsteinsche Angelegenheiten.

Schleswig, 21. November. Gestern machten die Mitglieder der Landesverwaltung dem General-Major v. Hahn einen Gegenbesuch. Der Stadtkommandant soll die tobende Gassenjugend zur Ruhe ermahnt haben. Unter Escorte verließ die Landes-Verwaltung unsere Stadt. Mit heute hört die Wagen-Souvegarde auf, welche das dänische Wappen auf dem Postwagen bisher begleitet hat, denn man wird jene Wagen hier nicht mehr hersenden.

Gestern passirten ein Offizier und drei Gemeine der preußischen Artillerie durch Flensburg nach Düppel. Leute, die aus guter Quelle zu schöpfen pflegen, äußern sich, daß die schwedisch-norwegischen Truppen nächstens in ihre Heimath abgehen, und dann Preußen das ganze Herzogthum Schleswig besetzen werden. — Das dänische Wappen auf dem Postwagen ist nun einmal hier zu Lande eine unausstehliche Erscheinung und daher, trotz der preußischen Schutzwache, gestern wieder überschmiert worden. (D. T.)

Hadersleben, 18. November. In diesen Tagen passirte Baron Blome von Falkenberg hier durch nach Kopenhagen. Gleich bei seiner Ankunft erkundigte sich derselbe nach Pechlin, welcher aber von Flensburg per Dampfschiff nach Kopenhagen gegangen war. Baron Blome setzte seine Reise sogleich fort; es muß demnach in Kopenhagen jetzt Wichtiges in Beziehung auf unsere vaterländischen Angelegenheiten vorliegen. Welche Rolle indeß Baron Blome bei den diplomatischen Unterhandlungen spielen werde, ist nicht recht einleuchtend, da, so viel bekannt, ihm kein Mandat von unserer rechtmäßigen Landesregierung zur Betreibung so wichtiger Angelegenheiten überkommen, seine Reise und seine etwaige Theilnahme an den Unterhandlungen mithin nur einen privativen Charakter haben können. Möglich aber, daß ihm von der dänischen Regierung irgend ein diplomatischer Posten übertragen werden wird. (J. W.)

Kopenhagen, 17. November. Baron Blome auf Falkenberg ist vorgestern hier eingetroffen und soll sogleich den Besuch mehrerer angesehener Diplomaten empfangen haben.

Oesterreich.

N. B. Wien, 22. Nov. [Tagesbericht.] Es verlautet, daß über Anregung, den oft hier anwesenden beiden Enkeln des großen Göthe das Bürgerrecht zu verleihen, der diesfällige Antrag im Gemeinrathe verworfen worden sei. Zu bemerken ist dabei, daß Walther und Wolfgang v. Göthe die ungetheilteste Achtung genießen. — Im Widerspruche mit verschiedenen Voraussetzungen wird die Wiederbesetzung Rastatts durch österreichische Truppen angekündigt. — Bei den verschiedenen Ministerien drückt sich fortwährend die Absicht aus, anerkannten Spezialitäten geeignete Wirkungskreise zu eröffnen. In diesem Betracht erfreuen sich die bereits erfolgten und noch in Aussicht stehenden Zutheilungen allgemeinen Anklangs. So die des praktischen Juristen Dr. Wessely für die Revision der Gerichtsordnung; — des Hofraths Lichtenfels für die Handelsgesetzgebung; — des Landraths Würth für die Strafgesetzgebung; — des Landraths v. Somaruga für die Centralgesetzgebung. Zur Stelle eines Rector magnificus bei der hiesigen Universität sind von dem Professoren-Kollegium Dr. Exner und Prof. Petzvall, von dem Doktoren-Kollegium Minist.-Sektionschef Baumgärtner und Regierungsrath Voller vorgeschlagen. — In Pesth machte die Ablehnung des

Amtes eines Ministerialkommissars von Seite des Hrn. v. Babarczy Aufsehen. Derselbe hat in der letzten Zeit als Oberkriegskommissariats-Direktor fungirt und wird als eines der besten Administrationstalente gerühmt. Eine Wiener Korrespondenz gab als Veranlassung den Druck der Militärherrschaft an, welche Behauptung Hr. v. Babarczy in der Pesther Zeitung als unbegründet erklärt. — Die Stadt Lemberg soll ein Fort auf der sogenannten Türkenschanze erhalten. Auch heißt es, daß die Karpathenpässe Befestigungen erhalten sollen. — Wie auf dem Garda-See wird jetzt auch auf dem Lago Maggiore ein Kriegsdampfer gebaut, und ebenso zur Bewachung des Poflusses, an dessen Mündungen ein armirtes Dampfschiff aufzustellen beabsichtigt. — Alle Festungen im lombardisch-venetianischen Königreiche sollen nach den neuesten Erfahrungen mit Geschütz versehen und die Einrichtung eigends hiezu ernannten Kommissionen übertragen werden. — In Pesth ist vor einigen Tagen ein Armeebefehl veröffentlicht worden, in Folge dessen alle Urlaubsertheilungen an Offiziere der Armee in Ungarn bis zur Unmöglichkeit erschwert werden. — Krankheits halber darf kein Urlaub außerhalb Ungarn, bei dringenden Familienangelegenheiten aber nur dann ertheilt werden, wenn diese gehörig konstatirt sind, wobei der Beurlaubte jedoch blos die halbe Friedensgebühr beziehen darf. — Das Reichsgesetzblatt ist nun mit den Verordnungen à jour gekommen und enthält in seiner heute ausgegebenen 4ten Nummer bereits das neue Zuckergesetz. Somit ist derselbe Vorgang wie in Preußen mit der Sammlung österreichischer Gesetze und Verordnungen beobachtet. — Ein umfassender Vortrag des Finanzministers begründet die Besteuerung des inländischen (Runkelrüben) Zuckers und die angeordneten Veränderungen in den Zollsätzen des ausländischen, mit Berücksichtigung der hierbei zu veranschlagenden verschiedenartigen Interessen des Landbauers, der Industrie, des Staatsschatzes und der Konsumenten. Auch die im Gebiete des Zollvereins geltenden Bestimmungen wurden mit in Erwägung gezogen.

* **Wien**, 22. November. [Unsere Geldaristokraten], welche sich so oft brüsten, die ersten Patrioten zu sein, haben sich jetzt die Börse auserkoren, um den Staat auszubeuten. Nachdem ihnen der Finanzminister v. Krauß das Monopol des Anleihens entrissen, wenden sich die reichen Banquiers jetzt auf das Gold- und Silber-Agio, es werden auf diese Weise den kleinen Kaufleuten und Rentiers tüchtige Schläge versetzt, und dadurch der Verkehr arg ins Stocken gebracht. — Eine Deputation des Handelsstandes, meistens Eigenthümer von Zucker-Raffinerien, hatte gestern Audienz beim Handelsminister v. Bruck, in Betreff der neuen Besteuerung des rohen und raffinirten Zuckers. Allein Hr. v. Bruck widerlegte ihre Vorstellungen durch solche Argumente, daß sie sich zurückziehen mußten. Die Zucker-Raffineurs hatten seit 20 Jahren solche unbegreifliche Begünstigungen genossen, daß eine eiserne Stirn dazu gehört, um sich unter Umständen, unter denen sich der Staat jetzt befindet, Opposition gegen die Besteuerung zu machen. Es ist übrigens eine traurige Bemerkung, daß die Reichen und Wohlhabenden vor Allen eine starke Opposition gegen größere Besteuerung an den Tag legen., während sie sonst viel von Patriotismus und von Opfern für den Staat sprechen.

[Industrielles.] Der Präsident des allgemeinen deutschen Vereins zum Schutze der vaterländischen Arbeit, Felix Prinz von Hohenlohe, hat Namens des engern Ausschusses desselben folgende Zuschrift an den Herrn Handelsminister Ritter v. Bruck gerichtet, de dato Frankfurt a. M., 7. November:

„Ew. Excellenz! In dem Augenblicke, wo wir und mit uns die große Mehrzahl der Träger und Freunde deutscher Arbeit mit banger Sorge einer Zukunft entgegenblickten, die in Folge der politischen Verwickelungen das deutsche Vaterland in seinen materiellen Interessen mehr zu zerklüften drohte als vorher, hat uns ein Aufsatz der Wiener Zeitung vom 26. Oktober d. J.: „Vorschläge zur Anbahnung einer österreichisch-deutschen Handels- und Zolleinigung" mit großer Beruhigung erfüllt. Die auch von dem allgemeinen deutschen Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit oft an den Tag gelegte Hoffnung, daß alle Theile Deutschlands und der österreichischen Monarchie durch das Band des freien innern Verkehrs und der gemeinsamen Maßregeln zum Schutze und zur Förderung ihrer Erwerbkräfte organisch zusammenwachsen würden, erscheint damit plötzlich wieder neu belebt, und die Aussicht eröffnet, daß in einem österreichisch-deutschen Handelsbunde der Raum für die großartigste Entwickelung aller Zweige der nationalen Arbeit gewonnen werde. — Der unterzeichnete Ausschuß, als der legitimirte Vertreter der diesseitigen producirenden Stände, handelt gewiß im Sinne seiner Kommittenten, wenn er sich beeilt, Ew. Excellenz die Versicherung auszudrücken, daß der allgemeine deutsche Verein zum Schutze der vaterländischen Arbeit von dem Heilsamen und Ersprießlichen der in der Wiener Zeitung dargelegten Pläne tief durchdrungen ist, und so viel in seinen Kräften, stets bemüht sein wird, auf Erstrebung des vorgesteckten Ziels hinzuwirken. Geruhen Ew. Excellenz 2c. 2c." (Wiener Z.)

[Telegraphische Depesche des Ministers des Innern an das Ministerium des Innern aus Prag vom 22. Nov.] Se. Majestät besuchten gestern das glänzend erleuchtete Theater, und wurden daselbst mit lautem Jubel empfangen. Zur Feier der allerhöchsten Anwesenheit wurde eine eigens hiezu komponirte Fest-Kantate in deutscher und einige Akte der Oper „Freischütz" in böhmischer Sprache bei überfülltem Hause gegeben. Die Abreise Sr. Majestät ist auf morgen früh 5 Uhr festgesetzt.

Ung. Altenburg, 19. Novbr. [Eine befremdende Erscheinung.] Seit einer kurzen Zeit verliert das Wieselburger Komitat mehrere seiner ersten Grundbesitzer. Die Grafen Zichy haben ihre Herrschaft an Baron Sina verkauft. Dieser Tage erfolgte die Uebergabe der Güter an diesen. Graf Esterhazy hat seine Besitzung ebenfalls veräußert; die Grafen Szapary sind schon längst außer Besitz, und Fürst Esterhazy hat den Marktflecken Kittsee auch auf längere Jahre verpachtet. Woher kommt nun diese plötzliche Lust zum Verkauf der ungarischen Güter? Man deutet die Sache verschieden — ohne den Grund errathen zu können. (A. Z. f. U.)

Pesth, 20. Novbr. [Tagesbegebenheiten.] Kossuth und Perczel in Pesth! — ruft heute das „Magyar Hirlap" aus. Fügen wir noch hinzu, Kossuth und Perczel in den Salons des Baron Geringer empfangen. In der That waren gestern unter den Gästen, die ihre Aufwartung machten, zwei anwesend, deren einer Kossuth und der andere Perczel hieß. Natürlich Namensverwandte der beiden Revolutionshelden. — Heute wurde die Kettenbrücke eröffnet. Wie das „Magyar Hirlap" meint, würde die Einweihung derselben erst im Frühling stattfinden. (Lloyd.)

Semlin, 17. November. [Forderungen Rußlands.] Einer verläßlichen Korrespondenz zufolge soll Rußland in Betreff Serbiens an die Pforte das Postulat gestellt haben, daß in Zukunft von Seite des Fürstenthums Serbien an die Pforte der jährliche Tribut mit 52,000 Dukaten nicht entrichtet werde, daß die Wohnsitze der Türken in Serbien lediglich auf feste Plätze beschränkt seien, und nicht auf die Vorstädte derselben ausgedehnt werden dürfen, daß übrigens Serbien eine türkische Provinz heißen möge und dem Sultan unterthan bleibe. Man will auch wissen, daß die Pforte in dieses Verlangen Rußlands gewilligt, und dem Czar diesfällig eine befriedigende Antwort zugesendet habe. (Lloyd.)

Italien.

Turin, 16. Nov. [Die Kammer.] Nach viertägiger heftiger Diskussion über den Friedensvertrag wurde die Debatte endlich heute bis auf weiteres vertagt. Aus allen dabei gehaltenen Reden läßt sich ziemlich deutlich entnehmen, daß die Kammer die Anerkennung des fait accompli hinausschieben wolle. Den Vorwand dazu bildet die lombardische Emigration, welcher zwar freisteht, die Amnestie des Feldmarschall Radetzki zu benützen, die es jedoch vorzieht, den Augen der österreichischen Behörden entrückt, im Nachbarlande auf die öffentliche Meinung zu wirken. Auf Grundlage der ungesetzlichen Verschmelzung der Lombardei mit Piemont votirt die Deputirtenkammer das Bürgerrecht für diese Unterthanen Oesterreichs. Der Senat ließ sich durch die philantropischen Ansichten der Deputirtenkammer nicht beirren, und verwarf das Bürgerrecht der lombardischen Emigration. Da nun das Ministerium gegenwärtig großen Werth auf die Bestätigung des Friedensvertrages legt, so beantragte der Deputirte Cadorna die Debatte so lange zu suspendiren, bis die Regierung durch ein Gesetz für die Emigration sorgen werde. (Lloyd.)

Die „Legge" meldet aus Turin vom 16. November: Wir vernehmen, daß die Regierung in Anbetracht der so bedauerlichen Zunahme der Angriffe auf Leben und Eigenthum der Bürger den Beschluß gefaßt hat, das Land von starken fliegenden Kolonnen durchziehen zu lassen, um so den verbrecherischen Attentaten vorzubeugen. Man sieht noch anderweitigen Maßregeln entgegen, die zur Aufrechthaltung und Förderung der Sicherheit dienen sollen.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 10. Novbr. [Verschiedenes.] Man ist hier allgemein der Ansicht, daß die österreichisch-türkisch-russische Frage ohne einschreitende Vermittelung einer fremden Macht zur Lösung gebracht werden wird. — Der „Osservatore Dalmato" berichtet Nachstehendes aus Herzegowina: In der Nacht vom 4. auf den 5. November wurde ein in der Nähe der Festung Klobak gelegenes Dorf von 4 bis 500 Montenegrinern angegriffen. Die Bande nahm nicht weniger als 1100 Schafe, 50 Rinder und eben so viele Pferde als Beute mit sich fort. Der größte Theil dieser Thiere soll das Eigenthum des Mussellin Ali Disdarovich sein. Einem der Pächter dieses Mannes wurde bei dieser Gelegenheit der Kopf abgeschnitten. Die Türken, welche einen Ausfall aus der Festung machten, geriethen in ein Handgemenge mit den Montenegrinern, wobei jede der kämpfenden Parteien zwei Todte auf dem Platze ließ. Dasselbe Journal berichtet aus Sign vom 10. November: Der Vezier von Bosnien hat Munition aus Konstantinopel erhalten und 1800 Mann Kavallerie an sich gezogen. Auch der Ankunft Ascher Paschas mit einer ansehnlichen Truppenmacht wird in Travnik entgegengesehen.

Frankreich.

* **Breslau**, 23. Nov. Die Nachrichten aus Paris vom 20. Nov. sind ausgeblieben; ebenso die Kölnische Zeitung. Bemerkenswerth ist, daß selbst die Cours-Notirungen aus Paris vom 20. Novbr., welche auf telegraphischem Wege noch vor der Börsen-Zeit zu Berlin anlangen sollten, bis gestern Abend daselbst noch nicht eingetroffen waren.

Rußland.

C. C. **Von der poln. Grenze**. [Vermischte Nachrichten.] Die Aushebung zum russischen Militär wird in Polen strenge betrieben und die polnischen Bewohner scheuen kein Mittel, sich derselben zu entziehen. — In Polen wird die Rauchfangssteuer aufs Neue veranlagt. Die Gebäude zerfallen in drei Klassen, je nachdem sie mit Steinen, Schindeln oder Stroh gedeckt sind, und werden nach der Anzahl der Fenster in der Front besteuert. — Von Bachus-Mühle aus hat in Gemeinschaft mit dem polnischen Kommissar in der Ausdehnung des Straßburgschen Kreises die Berichtigung der Grenzregulirung mit Polen stattgefunden.

Lokales und Provinzielles.

* **Breslau**, 23. Novbr. [Stadtverordneten-Versammlung.] In der gestrigen Sitzung wurde über die Steuer-Angelegenheit mit Zugrundelegung der Friebösschen Schrift „zur Steuer-Frage" (siehe Bresl. Ztg. Nr. 219 und 220) und des Referats der Finanz-Kommission, in welchem die Ansicht der gemischten Kommission mit enthalten ist, (siehe Bresl. Ztg. Nr. 217) Beschluß gefaßt. Die Vorfrage, ob die Versammlung in dieser Angelegenheit überhaupt petitioniren wolle? wurde bejaht, und nun, nach längerer Diskussion, bei welcher sich die Herren Gräff, Baier II., Dr. Grätzer, Linderer, Siebig und Jungmann besonders betheiligten, beschlossen die Petition dahin zu richten, daß die Einkommen-Steuer eine allgemeine werde, mit Wegfall der Klassensteuer. Daß ferner die Einkommensteuer von 1000 Rthl. aufwärts, eine progressive werde, daß von 400 Rthl. aufwärts die Selbstdeklaration stattfinde, und unter 400 Rthl. diese freigestellt bleibe, daß endlich bei Einführung der Einkommensteuer die Gewerbesteuer aufhöre. Nachdem diese Verhandlung beendigt war, wurde der Vorstand beauftragt, an die Redaktion der Breslauer Zeitung für die Bereitwilligkeit, mit welcher sie den unentgeltlichen Druck der Kommissions-Gutachten in ihre Zeitung übernommen hat, ein Dankschreiben zu richten. — Das Gutachten der Finanzdeputation rücksichtlich der Frage, ob es wünschenswerth sei, die alte Städte-Ordnung beizubehalten? soll in der nächsten Sitzung diskutirt werden.

§ **Breslau**, 23. Nov. [Der jüdische Verein] hielt gestern seine zweite Zusammenkunft im Saale des Gemeindehauses. Durch die Zeitungen war eine General-Versammlung berufen, als deren Zweck außer der Konstituirung die Berathung des Programms und der Statuten bezeichnet wurde. Ein von der vorigen Versammlung beauftragtes Comité hatte Programm und Statuten angefertigt. Nachdem der Vorsitzende Hr. Dr. Geiger, den Kommissions-Entwurf vorgelesen hatte, ward derselbe zur Diskussion gestellt. Wahrung der unter den gegenwärtigen Zeitumständen gefährdeten politischen Rechte, Besprechung mancher religiösen und innern Angelegenheiten, endlich Förderung gemeinnütziger Institute sollen die Hauptaufgabe des jüdischen Vereins bilden. Dies sind ungefähr die leitenden Gedanken des Programms und der Statuten. Hr. Friedmann will die Erörterung der rein theologischen oder innern Angelegenheiten des Judenthums von den Verhandlungen ausgeschlossen wissen. Es gelte jetzt, alle Parteien unter einer Fahne zu sammeln, um mit gemeinsamen Kräften die neuerdings bedrohte Gleichstellung der Juden zu wahren. Gegen die religiösen Parteistreitigkeiten herrsche auf beiden Seiten der grenzenloseste Indifferentismus. Wolle man diese Gegenstände in das Bereich der Debatte ziehen, so werde ein großer, ja der größte Theil der hiesigen Judenschaft dem neu gegründeten Vereine fern bleiben. Hr. Dr. Geiger glaubt, das Ansehen des jungen Vereins könnte darunter leiden, wenn die Bestrebungen desselben auf einen so rein materiellen Gegenstand wie die Wahrung der jüdischen Interessen nach Außen hin beschränkt würden. Hr. Friedmann sieht in jener Thätigkeit nur die Wahrung der Menschenrechte für die Juden und hält diese Aufgabe für hoch genug, um den Vorwurf der Einseitigkeit und des Materialismus von sich selbst abweisen zu können. Hr. Dr. Goldschmidt spricht den Wunsch aus, daß es dem Vereine gelingen möge durch eine gegenseitige Belehrung und zeitgemäße Heranbildung auf dem religiösen Gebiete auch die äußere Gleichberechtigung des Judenthums zu erhalten. Die meisten Redner stimmen mit dieser Ansicht überein, viele bezweifeln jedoch

die Möglichkeit ihrer Ausführung. Hr. Freund erinnert an einen jüdischen Verein, der sich zur Erreichung der Emancipation noch vor dem März 1848 gebildet und Bedeutendes gewirkt habe. Dort enthielt man sich alles Eingehens auf die inneren jüdischen Angelegenheiten und vereinigte dadurch die Kräfte aller religiösen Färbungen zur Förderung der Emanzipationsfrage. Die in den Journalen veröffentlichten Statuten jenes Vereins sollten dem hiesigen zum Muster dienen. Hr. Borchart bedauert, daß durch Verschiedenheit der Meinungen eine Uneinigkeit entstehe, welche dem alten Indifferentismus Vorschub zu leisten geeignet sei. Es möge daher in dem neuen Vereine ein durchaus neutraler Boden geschaffen werden, woselbst die Parteiinteressen schweigen. Die kurze Zeit, welche die Kammern noch auf die Revision der Verfassung verwenden dürften, müsse man einmüthig dahin streben, jeder etwaigen Schmälerung der vielfach verheißenen und garantirten politischen Gleichberechtigung des jüdischen Bekenntnisses und seiner Angehörigen nachdrücklich entgegenzuwirken. In diesem Sinne ward beschlossen, die Wahrung der politischen Rechte der Juden nach außen hin als Hauptzweck des Vereins an die Spitze seines Programms zu stellen. Nach einer erschöpfenden Debatte in Betreff des zweiten Punktes: die Besprechung der innern Angelegenheiten des Judenthums, ergab eine zweite Abstimmung das Resultat, daß solche nicht in das Statut aufgenommen werde. Behufs weiterer Redaktion wurden die Statuten an die früher ernannte Kommission zurückverwiesen. Von allen Seiten äußerte sich der Wunsch, es möge in dem Statut auf die Mittel zur Erreichung des vorgesteckten Zieles die nöthige Rücksicht genommen werden. Die Versammlung trennte sich um 9½ Uhr.

*** Breslau, 23. November.** [Konzert.] Sonntag Vormittag findet im alten Theater eine Matinée statt, veranstaltet von Mad. Wiedermann. Wir können nicht unterlassen, das Publikum auf diese Matinée aufmerksam zu machen, bei der die bedeutendsten Kräfte unseres Opern- und Schauspielpersonals mitwirken werden. — Das am Mittwoch in der Humanität gegebene Konzert zeichnete sich in mehrfacher Beziehung aus. Ein junger Mann, Hr. Krüger, zeigte sich im Besitze einer so schönen Tenorstimme, wie dies bei Dilettanten gewiß nur zu den großen Seltenheiten gehört. Derselbe ist ein Schüler des Herrn Bartsch, der eine sehr gediegene und werthvolle Komposition von Haydn, „die Theilung der Erde", vortrug. Mehrere interessante Klavier-Piecen, ein Lied von Gumbert, Deklamationen und ein Terzett aus dem „Nachtlager" boten eine recht angenehme und abwechselnde Unterhaltung.

---

§ Breslau, 23. Novbr. [Centralverein für die freie Volksschule.] Von dem Vereinspräsident wird Mittheilung gemacht über ein Dankschreiben des Lehrers in der Provinz, welchem vor einiger Zeit eine angemessene Summe aus der Unterstützungkasse zugekommen ist. — Hierauf folgte die dringende Aufforderung, in den stenographischen Berichten die Verhandlungen der zweiten Kammer über die Schulfrage nachzulesen. — Ein freier Vortrag des Lehrers Asser behandelte die Ertheilung von Censuren an die Schüler. Monatliche und zwar feierliche Vertheilung der Zeugnisse, welche in speziellen Schemas anzufertigen sind, sorgfältige Prüfung der Censuren Seitens der Eltern und Vorgesetzten der Zöglinge ward empfohlen. — Schließlich wurde die von dem Vorstande entworfene Petition an das Kultusministerium verlesen und mit einigen Modifikationen angenommen. Die Petition wird in der nächsten Sitzung zur Unterschrift ausliegen.

---

† Breslau, 23. November. [Polizeil. Nachr.] Am 20. d., Abends, wurde aus dem Hausflur des Hauses Nr. 16 am Ringe eine Kiste mit 5000 Stück Cigarren entwendet.

In der Nacht vom 20. zum 21. öffneten Diebe auf gewaltsame Weise eine Thüre in dem Hause Nr. 57 auf der Schuhbrücke und entwendeten eine kupferne Pumpe und ein 12 Fuß langes dergleichen Wasserrohr. Beide Gegenstände haben einen Werth von 100 Rthlr.

Am 21. wurden aus einer gewaltsam erbrochenen Stube in dem Hause Nr. 27 in der Karlsstraße 66 Rtl. entwendet.

Auf dem am 19. und 20. d. M. hier abgehaltenen Roß- und Viehmarkte waren circa 500 Stück Pferde feilgeboten. An inländischem Schlachtvieh waren 118 Stück Ochsen, 94 Stück Kühe und 818 Stück Schweine vorhanden.

Im vorigen Monat haben das hiesige Bürgerrecht erhalten: 11 Kaufleute, 1 Barbier, 1 Uhrmacher, 1 Schornsteinfeger, 1 Schmied, 2 Bäcker, 1 Lederausschneider, 9 Hausacquirenten, 2 Lohnkutscher, 1 Schiffer, 1 Wollmakler, 1 Cafetier, 2 Schneider, 1 Orgelbauer, 1 Wattenfabrikant, 1 Getreidemakler, 2 Konditoren, 2 Klempner, 1 Zwirnhändler, 1 Kretschmer, 1 Landesproduktenmakler, 1 Tischler, 1 Müller und 1 Seidenfärber. Von diesen sind aus den preußischen Provinzen 45 (darunter aus Breslau 13), aus Sachsen 1, und aus dem Großherzogthum Mecklenburg-Strelitz 1.

Oppeln. Der Mühlenwerkführer Salzbrnnn zu Kupferhammer, hat am 2. Juni d. J. den zwölfjährigen Tagelöhnersohn Arndt zu Schloß Falkenberg, welcher sich in der Steinau badete, mit eigener Gefahr gerettet. Für diese lobenswerthe Handlung ist dem ꝛc. Salzbrunn eine Prämie bewilligt worden. — Der bisherige Pfarrer Kern zu Kreuzburg ist zum Superintendenten der Ephorie Kreuzburg ernannt. — Der bisherige Superintendentur-Verweser, Pastor Täsler in Schmollen ist zum Superintendenten der Ephorie Oels ernannt. — Der seitherige Auskultator Grötschel, ist zum Bürgermeister in Katscher, Leobschützer Kreises, ernannt worden — der emeritirte Bürgermeister Haase zu Lublinitz, hat den Titel „Stadt-Aeltester" erhalten — der Rechts-Anwalt Karl Mathes zu Gleiwitz, ist zum unbesoldeten Rathsherrn daselbst erwählt — und dem Schulamts Kandidaten Adolph Karge zu Kattowitz, Beuthener Kreises, ist die Erlaubniß zur Annahme einer Hauslehrerstelle ertheilt worden — der bisherige Schullehrer n Schulenburg, ꝛc. Wollny, erhielt die Schullehrerstelle zu Malino, Oppelner Kreises — der seitherige Lehrer zu Wachau, ꝛc. Lorenz, die Organisten- und Schullehrerstelle zu Kuhnau, Kreuzburger Kreises, — und der Adjuvant Johann Heisig die Schullehrerstelle zu Raden, Leobschützer Kreises — der Kaufmann Pelikan und der Buchhändler Mevius zu Kreuzburg, sind zu unbesoldeten Rathmännern daselbst, erwählt und bestätiget worden — Apotheker Menzel zu Ober-Glogau, Neustädter Kreises, ist wiederum als Rathmann erwählt und bestätigt. — Im Dienst-Bereich des könial. Appellations-Gerichts zu Ratibor wurden ernannt: die Rechts-Kandidaten Hoffmann, Reichelt, Sommer, zu Auskultatoren; der Appellations-Gerichts-Referendarius König zum Gerichts-Assessor. Versetzt: der Kreis-Richter, Justiz-Rath Richter zu Neu-Berun, an das Kreis Gericht in Leobschütz; der Appellations-Gerichts-Referendarius Lorek, an das Appellations-Gericht in Berlin. Pensionirt: der Kreis-Richter Günzel zu Leobschütz.

Mannigfaltiges.

— [Beiträge für die deutsche Marine] sind aus folgenden nicht zu Deutschland gehörenden Gebieten und in folgenden Summen der Centralgewalt zugegangen. Zunächst in Europa: Schweiz 297 Fl. 45 Kr. aus Basellaud, Bern, Chur, Genf, Vevay. Italien 2710 Fl. 28 Kr. Aus Venedig (100 Fl.), Toskana (1001 Fl. 38 Kr.), Rom (333 Fl. 50 Kr.), Neapel (550 Fl.), Messina (725 Fl.), Malta 354 Fl. Athen 151 Fl. 36 Kr. Konstantinopel 497 Fl. Crajowa in der Walachai 73 Fl. 30 Kr. Rußland 756 Fl., davon ohne Ortsangabe (20 Fl.), aus den Ostseeprovinzen 297 Fl. 30 Kr., Moskau 375 Fl., Petersburg (!) 63 Fl. 30 Kr. England 995 Fl. 51 Kr., aus London (991 Fl. 51 Kr.), aus Manchester (!) (4 Fl.) Frankreich 277 Fl. 40 Kr., aus Paris (!) (142 Fl. 20 Kr.), aus Bordeaux (135 Fl. 20 Kr.) Asien: Manilla 654 Fl. 30 Kr. Bombay 525 Fl. Amerika: Mexico 361 Fl. Mazatlan (in Mexico) 1279 Fl. 30 Kr. Haiti 290 Fl. 52 Kr. Portorico 396 Fl. 51 Kr. Cuba 616 Fl. 46 Kr. Rio de Janeiro 2867 Fl. 30 Kr. Pernambuco (Brasilien) 1892 Fl. 30 Kr. Buenos Ayres 4910 Fl. 30 Kr. Gesammtbetrag sämmtlicher Beiträge von auswärts 19,908 Fl. 49 Kr. (Deutsche Z.)

Frankfurt a. d. O., 18. November. [Bericht über die Martini-Messe.] Bei der kurzen Zeit, welche seit Beendigung der Leipziger Michaelis-Messe erst verflossen, fehlten zwar mehrere Engroseinkäufer aus Polen und den Provinzen Preußen und Posen; dagegen hatte sich die kleinere Kundschaft auch aus diesen Provinzen zahlreich, wenn auch etwas spät eingefunden. Das Geschäft ist in vielen Artikeln ein gutes und die Messe im Allgemeinen eine gute mittelmäßige Herbst-Messe gewesen. Die Mehrzahl der Verkäufer wird wenigstens mit ihrem Absatz im Verhältniß zu ihren nicht gerade überfüllten Lagern zufrieden sein können. — Im Ganzen war von Fabrikaten nicht zu viel auf dem Platz, was theils dem erhöheten Garnpreise und dem Umstande zugeschrieben wird, daß überhaupt während des Sommers nicht viel gearbeitet und der wenige Vorrath rasch abgesetzt worden ist. Es kommt auch hinzu, daß das frühere oft leichtsinnige Kreditiren der Waaren bei überfüllten Lagern in neuerer Zeit aus Anlaß der politischen Zustände überhaupt mehr beschränkt worden ist, was den Absatz zwar vermindert, im Ganzen jedoch ein reeleres Geschäft herbeigeführt hat. — Tuche und tuchartige Waaren befanden sich für den Bedarf nicht genug auf dem Platz. Besonders waren grobe, nächst dem mittlere Tuche bis zu 30 Rthlr., für die vielen Einkäufer in diesem Artikel, nicht ausreichend vorhanden. Nach feinen Tuchen war weniger Nachfrage. — Der Verkauf englischer baumwollener Waaren nach den Vereinsländern beschränkt sich seit Jahren, der Steuer wegen, auf Tülle, Mulls und ähnliche Stoffe; aus gleichem Grunde vermindert sich der Umsatz in englischen wollenen und halbwollenen Waaren. Es wurde dieserhalb so manche Klage um so mehr gehört, als in dieser Messe, wie schon gedacht, weniger polnische Einkäufer hier waren. — Für berliner, schlesische und sonstige vereinsländische baumwollene, wollene, Posamentir- und leinene Waaren war der Absatz befriedigend. Die Erdmannsdorfer Leinen-Niederlage, deren Fabrikate beim Publikum immer beliebter werden, soll nicht unbedeutenden Umsatz gehabt haben. — In seidenen und halbseidenen Stuhlwaaren war die Messe mittelmäßig, besser für seidene Bänder. Der Verkehr in kurzen und Glaswaaren war lebhaft. Gahres Leder ist zu steigenden Preisen, Sohlleder zwar völlig, jedoch um 2 bis 3 Rthl. unter dem Leipziger Meßpreise, abgesetzt worden. Ueber die Geringfügigkeit des Umsatzes in Rauhwaaren wurde dagegen geklagt. In Produkten war der Markt nicht überfüllt und ist fast Alles verkauft worden. Nur Schaaffelle waren viel hier, fanden aber auch, wenn schon zu niederen Preisen, sämmtlich Abnehmer. Ein Käufer aus Mainz, welcher zum ersten Male den hiesigen Meßplatz besuchte, kaufte davon 600 Centner. Gerissene Federn wurden rasch und zu hohen Preisen verkauft. Die Zufuhr an Wolle, 5—6000 Ctnr., war für eine Herbstmesse nicht unbedeutend und wurden davon ¾, jedoch zu etwas gedrückteren Preisen als auf dem Breslauer Herbstmarkt, umgesetzt. Die Wiederherstellung des früheren Termins der hiesigen Reminiszere-Messe, wonach dieselbe für die Folge nicht am Montage vor, sondern am Montage nach Reminiszere ihren Anfang nehmen soll, so daß die nächste Reminiszere-Messe am 25. Februar k. J. gesetzlich beginnt, wurde von dem meßhandeltreibenden Publikum mit großer Zufriedenheit aufgenommen. — Auf dem Pferde-Mark war der Verkehr lebhafter als in andern Herbst-Messen.

Inserate.

Bekanntmachung

Unter Verweisung auf die in dem kirchlichen Wochenblatte erscheinende und von den Kanzeln zu verlesende Bekanntmachung werden die stimmfähigen Mitglieder der Kirchgemeine zu St. Maria Magdalena zu der

Dienstag, den 27. November d. J.,
Vormittags 9 Uhr,

stattfindenden Repräsentanten-Wahl hierdurch eingeladen.

Eintrittskarten sind in den Nachmittagsstunden von 1—3 Uhr täglich zu haben bei dem

Kirchen-Vorsteher Hrn. Güttler, Zwingergasse 1,
Subsenior Hrn. Ulrich, am Magdal.-Kirchhof 7,
Diakonus Hrn. Schmeidler, Schuhbrücke 71,
Diakonus Hrn. Weiß, Predigergasse 3,
Lektor Hrn. Kretschmer, Teichstraße 4,
Apotheker Hrn. Geisler, Hummerei 1,
Fleischermstr. Hrn. Litsche, Kupferschmiedestr. 61,
Kaufm. Hrn. Joh. Jul. Müller, Schuhbrücke 73,
Kirchkassen-Rendant Hrn. Rittermann, am Magdalenen-Kirchhof 3,
Kaufmann Hrn. Simmichen, Hintermarkt 5,
Hofglasermeister Hrn. Strack, Albrechtsstraße 42,
Drechslermstr. Hrn. Wolter, Gr. Groschengasse 9,
Posamentirer Hrn. Heinr. Zeisig sen., Neue Schweidnitzerstraße 5.

Breslau, den 6. November 1849.

Das Kirchen-Kollegium zu St. Maria Magdalena.

Städtische Ressource.

Auf den Wunsch vieler Mitglieder wird Sonnabend Abend den 1. Dezember im Wintergarten ein Ball stattfinden, zu welchem jedoch, um den Saalraum nicht zu beengen, nicht mehr als 800 Karten ausgegeben werden. Der Beitrag ist, da die Ressourcenkasse nicht in Anspruch genommen werden soll, für Herren auf 10 Sgr. festgesetzt. Um jedoch den Familien der Mitglieder den Beitritt zu erleichtern, soll die Karte für eine Dame gegen Beitrag von nur 5 Sgr. ausgefertigt werden. Die Zahl der einzuführenden Familien-Mitglieder ist nicht beschränkt, doch gilt die Karte nur für den, auf dessen Namen dieselbe als „gültig" ausgestellt ist. Gäste einzuführen, ist nicht gestattet. Von Montag den 26. November ab können die Ballkarten täglich von 9—12 und Nachmittags von 2—4 Uhr in der Bade-Anstalt an der Mathiaskunst in Empfang genommen werden. Die Liste wird geschlossen, sobald 800 Karten ausgegeben sind.

Der Vorstand der städtischen Ressource.

Konstitutionelle Bürger-Ressource.

Tagesordnung zum 26. November d. J.

1. Die Schulfrage.
2. Die Einkommensteuerfrage.

Theater-Nachricht.
Sonnabend den 24. Novbr. 49ste Vorstellung des Abonnements von 70 Vorstellungen. Zum 2ten Male: „**Viel Lärm um nichts.**" Lustspiel in 3 Akten von W. Shakespeare, für die deutsche Bühne eingerichtet von K. v. Holtei.
Sonntag den 25. Novbr. **Bei aufgehobenem Abonnement.** „**Die Hugenotten.**" Große Oper in 5 Aufzügen, Musik von Meyerbeer.

Pr. ✉ R. y. z. F. 27. XI. 6. A. F. u. R. IV.

Verbindungs-Anzeige.
Ihre heut ehelich vollzogene Verbindung zeigen theilnehmenden Verwandten und Freunden ergebenst an:
Louise Gerlach, geb. Krumm.
Eduard Gerlach,
Rechtsanwalt und Notar im Departement des Appellations-Gerichts-Ratibor.
Schlawentzitz, den 20. November 1849.

Verbindungs-Anzeige.
Ihre am 19. d. M erfolgte eheliche Verbindung zeigen ergebenst an:
C. Deesler, Obergerichts-Assessor,
Agnes Deesler, geb. Richter.
Neisse, den 21. November 1849.

Julius Göbler.
Auguste Göhler, geb. Hauptmann.
Neuverbundene.
Tschöpsdorf und Salzbrunn, 20. Nov. 1849.

Entbindungs-Anzeige.
Die heute Nacht 11 Uhr glücklich erfolgte Entbindung seiner lieben Frau von einem gesunden Mädchen beeh t sich Verwandten und Bekannten, statt besonderer Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen.
Oppeln, den 22. November 1849.
C. R. Heidenreich.

Entbindungs-Anzeige.
Die Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Mädchen zeige ich hiermit Freunden und Bekannten an.
Breslau, den 23. November 1849.
Rabbiner Dr. Geiger.

Todes-Anzeige.
Nach langen Leiden verschied heute der unbesoldete Rathmann, Herr Gastwirth Peregrin Janisch, in einem Alter von 52 Jahren, an der Brustwassersucht. Ein biederer Charakter und seine neunjährige Dienstzeit im Magistrats-Kollegium sichern ihm ein ehrendes Andenken bei seinen Mitbürgern. Möge ihm die Erde leicht sein!
Mittelwalde, den 20. November 1849.
Der Magistrat.

Todes-Anzeige.
Den 21. November, Abends 9 Uhr, starb unsere gute Mutter, Frau Friederika Seidler, an Lungenentzündung, alt 63 Jahr. Dies zur Nachricht unsern lieben Verwandten und Bekannten.
Breslau, den 23. November 1849.
Maria Seidler, als Tochter.
Karl Schuch, als Pflegesohn.

Todes-Anzeige.
Den 21. d. M., Nachts 11¼ Uhr, starb an den Folgen der Cholera meine geliebte Schwester, die verw. Majorin v. Majewska, geb. Rode. Tief gebeugt zeige ich, um stille Theilnahme bittend, diesen abermaligen Verlust Freunden und Bekannten ergebenst an.
Breslau, 22. November 1849.
Charlotte Pachaly,
geb. Rode.

Todes-Anzeige.
Den nach kurzem Krankenlager gestern Abend 6 Uhr an plötzlicher Entkräftung im 82. Lebensjahre erfolgten Tod unseres innig geliebten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des königl. General-Majors a. D. Rudolph Karl v. Glan, beehren wir uns, tief betrübt, theilnehmenden Freunden und Bekannten, statt besonderer Meldung, hierdurch ganz ergebenst anzuzeigen.
Breslau, den 23. November 1849.
v. Glan, königl. Ober-Staatsanwalts-Substitut.
Marie v. Glan, geb. v. Pusch; zugleich im Namen unserer Kinder Max und Anna.

Todes-Anzeige.
Nach mehr als halbjährigen langen Leiden verschied am 21. November d., der Pfarrer Herr Joseph Preuß zu Steinau bei Neustadt, am Nervenschlage, im Alter von 62 Jahren. Alle, die den Verstorbenen in seinem Leben näher kannten, werden ihm ein bleibendes und ehrendes Andenken gewiß nicht versagen, und seinen Hingang eben so sehr betrauern, als es hiermit kund geben:
die Concircularen
des Archipresbyterats Zülz.

Danksagung.
Den bei der heutigen Beerdigungsfeier des Priester-Jubilar und Dom-Sakristan Herrn Johannes Nepomuk Kunze zahlreich versammelten Gönnern und Freunden des Verblichenen, die dem beruftreuen Priester das letzte Zeichen der Anerkennung dadurch bewiesen, fühlt sich verpflichtet den tiefgefühlten Dank hiermit auszudrücken:
Das Testaments-Exekutorium.
Breslau, 15. November 1849.

Literarische Anzeigen der Buchhandlung Josef Max u. Komp. in Breslau.

Im Verlage der Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.** in **Breslau** ist erschienen und zu haben:
Die katholischen Interessen und die deutsche Frage in Preußen. Zur Orientirung von **N. E. G. Rintel**, Rath der geheimen Kanzlei des Fürst Bischofs von Breslau. Gr. 8. 1849. Geheftet. 10 Gr. = 12½ Sgr.
Vaterlandsfreunde werden diese inhaltreiche Schrift willkommen heißen. — Der Anti-Preußischen Partei in Baiern und sonst in Süd- und West-Deutschland, welche ihre Anti-Deutsche Gesinnung durch Schmähungen auf Preußen an den Tag legt, ist eine von ihren Hauptwaffen, **die Waffe der kirchlichen Interessen** in obiger Darstellung glücklich aus der Hand gewunden, indem gezeigt wird, daß der Schwerpunkt auch der katholischen Bewegung Deutschlands in Preußen liegt. — **Ein Deutschland ohne den Vortritt Preußens ist eine Unmöglichkeit**, mögen sich die Leute jener Partei gebährden wie sie wollen!

Bei Friedrich Fleischer in Leipzig ist eben erschienen und in der Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.** in **Breslau** vorräthig:
Genesis der Revolution in Oesterreich im Jahre 1848. Mit dem Motto: **Illiacos intra muros peccatur et extra. Errando discimus.** Preis 1⅓ Rthl.
Freunde wahrer Freiheit und des besonnenen Fortschritts werden diese, den Gang der österreichischen Regierung vor und nach der Märzrevolution rasch, aber ruhig beurtheilende Schrift, als eine den hochwichtigen Gegenstand erschöpfend behandelnde Darstellung freundlich begrüßen, während sie Revolutionären, wie Ultra-Demokraten schwerlich zusagen dürfte.

Für **Landwirthe** erschien soeben bei Metzler in Stuttgart:
Populäre Anleitung zum ländlichen Gartenbau, als Mittel zu Erhöhung des Wohlstandes und zur Landesverschönerung. Im Auftrage der K. Centralstelle für Landwirthsch. bearb. von **E. Lucas**, Lehrer an der Akademie Hohenheim. Mit 3 Plänen und 22 Abbild. gr. 8. geh. 15 Sgr.
Vom gleichen Verfasser erschienen früher:
Lucas, Ed., die Lehre von der Obstbaumzucht, auf einfache Grundsätze zurückgeführt. Mit 3 Tafeln Abbild. gr. 8. geh. 10 Sgr.
Lucas, Ed., der Gemüsebau, praktisch dargestellt für Landwirthe, Gärtner und Gartenfreunde. Mit dem Grundriß eines Gemüsegartens. 4. geh. 20 Sgr.
Zu erhalten durch alle Buchhandlungen Schlesiens, in **Breslau** bei **Josef Max** und **Komp.**, Hirt, G. P. Aderholz, Gosohorsky, Graß, Barth und Comp., Korn, Leuckart, Schulz und Comp., Trewendt.

Bei Dörfling und Franke in Leipzig ist erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** in der Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.**:
Die Lage der lutherischen Kirche in Heiligengrabe. Eine Denkschrift an die gesammte lutherische Kirche Deutschlands. Herausgegeben im Auftrage der Aebtissin des Stiftes Heiligengrabe in der Priegnitz. Mit Actenstücken. 8. geh. Preis 7½ Sgr.
Ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Kämpfe der lutherischen Kirche in Preußen gegen die Union.

So eben ist im Verlage der B. Schmid'schen **Buchhandlung** (F. C. Cremer) in Augsburg erschienen und durch alle Buchhandlungen zu beziehen, in **Breslau** durch die Buchhandlung **Josef Max** und **Komp.**:
Schneidawind, Fr. Jos. Ad., der Krieg Oesterreichs gegen Frankreich, dessen Alliirte und den Rheinbund im Jahre 1809. Oder ausführliche Geschichte der Feldzüge in Deutschland, Italien, Polen und Holland, der Insurrectionen Tyrols und Vorarlbergs, der Aufstände in der Altmark und in Hessen, und der Züge des Herzogs Wilhelm von Braunschweig und des Majors F. von Schill. Vierter Band. (Urkundenbuch).
Auch unter dem Titel:
Urkunden, Briefe und Aktenstücke zur Geschichte des Krieges Oesterreichs gegen Frankreich, dessen Alliirte und den Rheinbund im Jahre 1809. Mitgetheilt von **Franz Joseph Adolph Schneidawind.** Gr. 8. br. Preis 1 Rthl. 25 Sgr.
Früher erschien:
Schneidawind, Fr. Jos. Ad., die Kriege im Jahre 1805 auf dem Festlande Europa's. 8. geh. 1 Rthl. 22½ Sgr.
Die Literatur hat den Feldzug von 1805 bis jetzt sehr kurz bedacht, und doch gehört er in mehr als einer Beziehung zu den interessantesten; eine neue Bearbeitung dieses Feldzuges muß der gegenwärtigen Zeit, welche sich über Alles aufklären, welche die vergangene Zeit namentlich kennen will, um die Fehler derselben zu vermeiden, höchst erwünscht sein, und daher wird gegenwärtige Geschichte des Kampfes auf dem Festlande Europen's im Jahre 1805 gewiß mit Freude begrüßt und aufgenommen werden. Der Verfasser desselben hat, wie in seiner Geschichte des Krieges von 1809, welche allgemein mit großem Beifall aufgenommen wurde, auch in seiner Geschichte des Krieges von 1805 stets seine Absicht auf die Sache, nie auf die Person gerichtet, hat sich stets redlich bemüht, durchaus frei von vorübergehenden persönlichen Beziehungen sich zu halten, Niemand absichtlich zu verletzen, jede Person an ihren rechten Platz zu stellen, jeder Thatsache die gebührende Stelle und Stellung zu geben, und überhaupt gestrebt, eine getreue und möglichst ausführliche Darstellung zu geben. Wir sind überzeugt, daß unsere Geschichte des Krieges von 1805 eine längst gefühlte Lücke in unserer kriegshistorischen und geschichtlichen Literatur ausfüllen wird.

So eben erschien in der Heyn'schen Buchhandlung in Görlitz und ist in allen Buchhandlungen zu haben, in **Breslau** vorräthig bei **Josef Max** und **Komp.**, in Oppeln bei Graß, Barth und Comp., in Ratibor bei Keßler, in Neisse bei Burckhardt, in Brieg bei Ziegler, in Schweidnitz bei Heege, in Liegnitz bei Gerschel, in Bunzlau bei Appun, in Glogau bei Flemming:
Gründer, L., Bemerkungen über die Berechtigung zur Behandlung innerer Krankheiten durch Wundärzte zweiter Klasse, nebst beigefügten gesetzlichen Bestimmungen über die Studien, Prüfungen, Rechte und Pflichten derselben. Gr. 8. Geh. 7½ Sgr.
Gründer, L., Denkschrift zur Medizinal-Reform Preußens, besonders die Wundärzte betreffend. Gr. 8. Geh. 3 Sgr.
Beide Schriften sind auf Veranlassung von Vereinen der Wundärzte zu Berlin und Breslau herausgegeben und zur Ueberreichung an die beiden Kammern bestimmt. Sie verdienen deshalb wohl das Interesse des gesammten wundärztlichen Standes. Früher erschien:
Gründer, L., das Institut der Wundärzte zweiter Klasse und seine Gegner, so wie die Hoffnungen und Wünsche der Wundärzte zweiter Klasse bei der in Preußen zu erwartenden Medicinal-Reform. Gr. 8. Geh. 12 Sgr.

Zweite Beilage zu № 275 der Breslauer Zeitung.

Sonnabend den 24. November 1849.

Anfrage.

Ist der gestern zum Stadtrath gewählte Lieutenant v. Langendorf derselbe, welcher im März d. J. in den Zeitungen erklärt hat: **„daß er sich es zur Ehre angerechnet haben würde, das städtische Schulhaus zu erbrechen?"**

Ein Zuhörer bei der obigen Wahl.

Dringende Bitte an Menschenfreunde.

Ein Handlungs-Kommis in mittleren Jahren, gesund und rüstig, der durch Schicksale und die Zeitverhältnisse auch aus Mangel an Bekanntschaften, schon einige Zeit ohne Stelle ist, sucht ein Engagement. Derselbe ist unverheirathet, routinirter Buchhalter, und hat als solcher im Fabrik- und Speditionsgeschäft servirt, sich stets moralisch geführt, und brauchbar erwiesen, er würde den jetzigen Zeitverhältnissen angemessen, sehr bescheidene Ansprüche machen, und bittet recht sehr die Herren Geschäftsbesitzer hier oder außerhalb, wenn auch nur (z. B. in einem umfangreichen Geschäft) eine untergeordnete Stelle ihm anzuvertrauen, um leben zu können. Das Nähere würde Herr Blothner, Ring Nr. 5, gütigst mittheilen.

Ich werde zum 1. Januar von hier versetzt. Wer Lust hat, meine Wohnung zu beziehen, wolle sich gefälligst an mich oder meinen Wirth, Herrn Justizrath Fuß, Breitestraße Nr. 15, wenden.

Breslau, den 23. Novbr. 1849.

Peters, Postsekretair.

Bekanntmachung.

Bei der unterzeichneten Fürstenthums-Landschaft wird der diesjährige Weihnachts-Fürstenthumstag den 12. Dezember d. eröffnet und den 13. desselben Mts. der gewöhnliche halbjährliche Depositaltag abgehalten werden.

Zur **Einzahlung** der Pfandbriefs-Interessen sind die Tage **vom 18. bis incl. 24. k. M.,** zu deren **Auszahlung** aber an die Präsentanten der Pfandbrief-Zins-Coupons die Tage **vom 28. Dezember d. bis 4. Januar k. J.,** während der Vormittagsstunden **von 8 bis 1 Uhr,** — jedoch mit Ausschluß der dazwischenfallenden Sonn- und Festtage, — bestimmt.

Breslau, den 21. Nov. 1849.

Breslau-Briegsches Fürstenthums-Landschafts-Direktorium.

C. F. v. Studnitz.

Bekanntmachung.

Die Direktion der hiesigen Gasbeleuchtungs-Anstalt beabsichtigt auf ihrem neben dem Freiburger Eisenbahnhofe belegenen Grundstücke einen Ofen zum Abdämpfen von Steinkohlen-Theer zu erbauen. Dieses Vorhaben wird auf Anweisung der königlichen Regierung vom 10. d. Mts. und in Gemäßheit des §29 der allgemeinen Gewerbe-Ordnung vom 17. Januar 1845 mit der Aufforderung hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, etwaige Einwendungen dagegen binnen einer präklusivischen Frist von vier Wochen bei dem unterzeichneten Polizei-Präsidio anzumelden, wonächst weitere Entscheidung veranlaßt werden wird.

Breslau, den 21. November 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

v. Kehler.

Aufforderung.

In der Voruntersuchungssache gegen den Johann Stawiok alias Schmidt und den Jakob Sczygiel ist die weitere Vernehmung des Brauer-Gesellen u. Brenner Karl Plesch erforderlich geworden.

Derselbe ist 33 Jahr alt, aus Ratibor gebürtig, in Hultschin wohnhaft und befindet sich gegenwärtig auf der Wanderschaft und im Besitz eines Regierungspasses d. d. Oppeln, den 8. November 1848 und wird hiermit aufgefordert, sich unverzüglich vor das unterzeichnete Gericht persönlich zu gestellen. Gleichzeitig werden sämmtliche Behörden ersucht, den 2c. Plesch im Betretungsfalle an uns zu weisen.

Tarnowitz, den 17. November 1849.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation.

Der Untersuchungs-Richter.

Zwei (christl.) Kommis,

der **poln. Sprache** mächtig, werden für ein Spezereigeschäft gesucht, von **M. Troplowitz** in Breslau, Karlsstr. 26.

Die Einsendung der Beiträge für den Jungfrauen-Verein werden bis zum 1. Dezember d. J., Herrenstraße Nr. 1, 2 Treppen, erbeten.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Der Stockmeisterposten hierselbst, welcher bei freier Wohnung ein Einkommen von circa 150 Rtl. gewährt, ist vakant. Versorgungsberechtigte Militärs, welche darauf reflektiren, können unter Beilegung ihrer Atteste sich bis zum 15. Dezember d. J. in portofreien Briefen melden.

Nimptsch, den 20. November 1849.

Der Magistrat.

Verkauf alten Kupfers.

Das Kupfer von den am 18. Juni v. J. durch einen gewaltigen Orkan herabgestürzten Thürme der hiesigen Jesuiten-Kirche, etwa 55 Centner betragend, soll meistbietend verkauft werden. Etwanige Käufer werden daher aufgefordert, ihre Gebote bis zum 6. Dezember d. J., Mittags 12 Uhr, dem hiesigen Probst Turkowski schriftlich und portofrei zugehen zu lassen. Das Kupfer wird, sobald das Meistgebot höhern Orts genehmigt ist, auf seinem Lager hier gegen baare Zahlung übergeben werden.

Bromberg, den 4. Novbr. 1849.

Das Kirchen-Kollegium und das Comité für den Wiederaufbau der Jesuiten-Kirchthürme.

Auktion.

Die im Brunschwitz'schen Leih-Institute verfallenen Pfänder werden den 27. d. Mts., Vorm. 9 und Nachm. 2 Uhr im Pfandlokale Ketzerberg Nr. 6 versteigert werden.

Mannig, Auktions-Kommiss.

Auktion.

Dienstag den 27. Novbr., früh halb 9 Uhr, sollen im Hospital zu St. Bernhardin Nachlaßsachen verstorbener Hospitaliten gegen gleich baare Zahlung versteigert werden.

Das Vorsteher-Amt.

Pferde-Versteigerung.

Freitag den 30sten d. Mts., Vormittags 10 Uhr, sollen auf dem hiesigen Getreide-Markte 10 königliche Dienstpferde der 3ten Abtheilung 5ter Artillerie-Brigade gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden.

Schweidnitz, den 22. November 1849.

Beyer,

Major und Abtheilungs-Kommandeur.

Brennholz-Verkauf.

Zum meistbietenden Verkauf von Brennhölzern sind nachstehende Termine jedesmal früh 10 Uhr angesetzt:

1) Verkaufsplatz bei Rodeland den 26. November d. J.
2) Bei der Lindener Fähre den 27. November und 4. Dezember d. J.
3) Aus dem Belauf Grüntanne im Forsthause hierselbst den 29. November d. J.

Peisterwitz, den 20. November 1849.

Der königliche Oberförster **Krüger.**

Anzeige.

Wir haben Herrn **Joseph Karuth** in **Breslau** ein **Lager unserer sämmtlichen Oefen** übergeben und denselben ermächtigt, zu Fabrikpreisen zu verkaufen.

Zugleich wird derselbe Aufträge auf unsere **Wasserleitungs-Röhren** (Steinmasse), wovon Proben zur Ansicht liegen, so wie auf alle Arten Bausachen in Thon in Empfang nehmen, die möglichst billig und prompt ausgeführt werden sollen.

Steinau im November 1849.

Die Thon-Waaren-Fabrik von **Kanold & Frey.**

In Folge obiger Anzeige empfehle ich den Herrn Bauherrn und Hausbesitzern alle Arten Oefen und Wasserleitungsröhren (Steinmasse), die eiserne Röhren ersetzen, aus obiger Fabrik zu geneigten Abnahme.

Joseph Karuth,
Wallstraße Nr. 1a.

Café restaurant.

Sonntag **Nachmittag- u. Abend-Konzert der Breslauer Musikgesellschaft.** Anfang 4 Uhr. Entree à Person $2\frac{1}{2}$ Sgr.

Gesuch.

Ein militairfreier, gebildeter, junger Mann, der die Landwirthschaft erlernt, sucht baldigst, spätestens Termin Weihnachten, einen Posten als Wirthschafts-Schreiber oder Beamter, wo möglich auf einem recht großen Gute. Da sich derselbige noch mehr ausbilden will, so wird nicht so sehr auf allzu großes Gehalt, als auf eine humane und gute Behandlung gesehen. Geneigte Offerten bittet man unter der Adresse A. B. S. poste restante Canth baldigst einsenden zu wollen.

Goldverzierte Octav-Brief-Bogen
und Phantasie-Siegel-Oblaten in Mosaikdruck, offerirt in Quantitäten an Wieder-Verkäufer äussert billig:
F. L. Brade, am Ringe Nr. 21.

Bei Johann David Grimm in Lützen ist erschienen und in **Breslau** vorräthig bei **Graß, Barth u. Comp.,** Herrenstraße Nr. 20:

Vollständiges Verdeutschungs- und Erklärungs-Wörterbuch aller in der Juristensprache so wie in dem Geschäftsverkehr am häufigsten vorkommenden Fremdwörter. Von Dr. Emil Ferdinand Vogel, Privatdocenten der Rechte und der Philosophie an der Universität zu Leipzig. II. Abdruck. Preis 2 Thlr.

Allgemeine Gesundheits-Lehre für Jung und Alt. Von Dr. Emil Ferdinand Vogel. Preis $22\frac{1}{2}$ Sgr.

Höchst wichtige Blicke in die Zukunft, gewonnen durch jahrelange Forschungen in der göttlichen Offenbarung St. Johannis des Theologen. Eine genaue Darlegung der erfüllten und noch in Erfüllung gehenden Weissagungen Jesu Christi von D. Nathan. Preis 5 Sgr.

In meinem Verlage sind so eben erschienen und durch alle Buchhandlungen zu haben, in **Breslau und Oppeln** bei **Graß, Barth u. Comp.,** in **Brieg** bei **Ziegler:**

Biographien berühmter Zeitgenossen,

herausgegeben von **mehreren Gelehrten.**

Gr. Lexikon-8. Eleg. geh. $8\frac{1}{4}$ Bog. 15 Sgr.

Die hervorragendsten Männer der Zeit, welche auf dem Gebiete der Politik und Geschichte, der Wissenschaften, Künste und Gewerbe einige Geltung erlangten, werden hier nach und nach vorgeführt, und wie diese Sammlung eine treue und ansprechende Darstellung der Gegenwart giebt, so bildet sie zugleich eine **wichtige Ergänzung des beliebten Pierer'schen Universal-Lexikons.**

Altenburg, 1849. **H. A. Pierer.**

So eben ist erschienen:

Neueste sechste Auflage von J. C. Eupel's

vollkommenen Conditor

oder gründliche Anweisung zur Zubereitung der aller Arten von Bonbons, Stangenzucker, Conserven, Zuckerkuchen, Essenzpasten, Gefrornem, Crèmes, Gelées, Marmeladen, Compots 2c., so wie auch zum Einmachen und Glaciren der Früchte, nebst Abhandlung vom Zucker, den Graden bei dem Zuckerkochen und von den nöthigen Gefäßen und Geräthschaften, ingleichen erprobte Vorschriften und Rezepte zu allen Gattungen von Kunstbäckerei, als Torten, Pasteten, Makronen, Marcipan, Bisquit, Aufläufen, Leb- und Pfefferkuchen, Hohlhippen, Hobelspänen, Schmalz- und anderem Backwerke, ferner zu den beliebtesten Arten künstlicher Getränke und Chocoladen, als Obstweinen, Punsch, Eierpunsch, Bischof, **Vin brûlé,** Nicus, Limonade, Mandelmilch 2c. Sechste durch **Perini** ganz umgearb. und stark vermehrte Auflage. Mit Figurentaf. 8. Geh. 1 Rthl.

(Bildet auch den ersten Band des Schauplatzes der Künste und Handwerke.)

Ungeachtet der Vollständigkeit des obigen Werkes ist doch alles Neue und Werthvolle im Fache der Conditorei, was seit dem Erscheinen der 5. Auflage sich bemerkbar gemacht hat, in dieser 6. Auflage aufgenommen. Dahin gehört die Bereitung der kohlensäurehaltigen Getränke; eine Umarbeitung des Kapitels, über Crèmes; die neuesten Apparate zur Herstellung des Eises und Gefrornen; mehre neue Figurentafeln und noch viele andere Vermehrungen, die eben so interessant als erwünscht sich darstellen werden.

Uebrigens wird von den vielen Nachahmungen und Verfälschungen gewarnt, mit denen Spekulanten — durch den großen Absatz **des obigen allein echten Werkes** dazu verleitet, fortwährend das Publikum durch Machwerke mit ähnlichem Titel zu täuschen suchen.

Zu haben in der Buchhandlung von **Graß, Barth und Comp.** in **Breslau,** Herrenstraße Nr. 20.

Neue Leihbibliothek

von **J. F. Ziegler,** Herrenstraße Nr. 20.

Das Leih-Abonnement kann **jederzeit** begonnen werden. **Pränumerations-Preise:** 1 Buch monatlich 5 Sgr.; 2 Bücher $7\frac{1}{2}$ Sgr.; 3 Bücher 10 Sgr.; 4 Bücher $12\frac{1}{2}$ Sgr. Dieselben können wöchentlich 3 bis 4 Mal umgetauscht werden. Auswärtige Abonnenten, welche seltner die Bände wechseln, erhalten eine entsprechende, größere Anzahl auf einmal. Leser einzelner Bücher zahlen 1 Sgr. pro Woche. Fremde belieben 1 bis 2 Thlr. als Pfand zu erlegen. Die näheren Bedingungen sind im Geschäfts-Lokal zu erfahren. **Preis des Katalogs:** $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Sämmtliche geehrte Mitglieder des Schlesischen Provinzial-Vereins für die Besserung der Strafgefangenen werden zu der

am 25. November, Vormittags 11 Uhr,

im königl. Regierungsgebäude stattfindenden General-Versammlung hierdurch ergebenst eingeladen. Breslau, den 6. November 1849.

Direktorium des Schlesischen Provinzial-Vereins für Besserung der Strafgefangenen.

Sohr. Abegg. Gillet. Kracker von Schwarzenfeld. Middeldorpff. v. Paczensky. Pulvermacher. Rother. Schwarz. Sommerbrodt. Werner.

Oberschlesische Eisenbahn.

Wir sehen uns veranlaßt, unsere Versender auf die Bestimmungen des § 13 unseres Frachtgüter-Regulativs aufmerksam zu machen, nach welchem jedem Frachtbriefe ein Versendungsschein beizugeben ist, auf welchem nach Inhalt des Frachtbriefes die Güter nach Marke, Nummer, Zahl der Colli, Gewicht, Bestimmungsort und Namen des Empfängers genau und deutlich zu verzeichnen sind, und welche mit dem Stempel der betr. Güterexpedition versehen, der Absender als Beweis der geschehenen Einlieferung zurückerhält. Etwaige Reklamationen wegen angeblich nicht an ihren Bestimmungsort gebrachter Güter, können wir nur dann berücksichtigen, wenn uns der Beweis der an unserer Güterexpedition erfolgten Einlieferung durch einen derartigen mit Empfangsquittung der betreffenden Expedition versehenen Versendungsschein geführt wird.

Breslau, den 21. November 1849. **Das Direktorium.**

Zur Bequemlichkeit eines geehrten Publikums habe ich durch Uebereinkunft mit dem Glashüttenbesitzer Herrn **Wilhelm Blumenreich** in Gleiwitz auf dessen Ladungsplatz am Klodnitz-Kanal eine **Niederlage von Steinkohlen in Stücken** von der Burghard-Grube errichtet und ist Herr W. Blumenreich von mir berechtigt, laut Gruben-Preis an Jeden zu verkaufen und zu versenden.

Mockrau, im November 1849. gez. **von Hochberg** auf Mockrau.

Mit Bezugnahme an obige Anzeige empfehle ich mich hiermit allen Fabrikbesitzern, sowie auch sonstigen geehrten Abnehmern bei Bedarf von Stückkohlen der **rühmlichst bekannten Burghard-Grube in Mockrau** mit der Versicherung, jeder Zeit die strengste Reelität und Pünktlichkeit bei Ausführung eines an mich gelangenden Auftrags zu beobachten. Gleiwitz, im November 1849. **Wilhelm Blumenreich.**

Die Bierhalle und Restauration

Ring Nr. 10 und 11, im früher Holschau'schen Hause, empfiehlt von heute ab den **ächten Ananas-Grogg.** Heut Abend großes Konzert.

Während des Breslauer Marktes im Gasthofe zum blauen Hirsch, Ohlauerstr.

Gänzlicher Ausverkauf der noch vorräthigen feinsten französischen Stickereien und ächten leinenen Batist-Taschen-Tücher aus Nancy und Paris, als: kleine Kragen von 2½ Sgr. bis 2 Rthlr.; Chemisettes von 7½ Sgr. bis 1½ Rthlr.; Pelerinen, Canezous, Cardinals in Mull und ächten Spitzengrund von 15 Sgr. bis 4 Rthlr.; Negligée-Häubchen von 7½ Sgr. bis 1 Rthlr.; Brüsseler Schleier in allen Farben von 15 Sgr. bis 3 Rthlr.; ächte Spitzen-Shawles, Coiffuren, Fanchons, Bärben und dergleichen Artikel; Batist-Taschentücher von 5 Sgr. ab, gestickte desgleichen von 10 Sgr. bis 12 Rthlr.; die elegantesten Gardinen, reich gestickt, 3, 4, 5 Rthlr.

50 Dutzend ächte rein leinene Batist-Linon-Taschentücher, pro Dutzend 6, 7, 8 Rthlr.; früherer Verkaufspreis 9, 11, 14 Rthlr.

30 Dutzend ächte Pariser Glacé-Handschuhe, Fabrik Victor Rouquette in Paris, das Paar 10, 12½, 15 Sgr., pro Dtzd. billiger.

Bis Montag Abends den 26. d. dauert der billige Verkauf im blauen Hirsch, Ohlauer Straße, par terre No. 2.

Wichtige Anzeige für Brennerei-Besitzer und Destillateurs.

Der Vorsteher einer bedeutenden rühmlichst bekannten Brennerei und Spirituosen-Fabrik, welcher durch unermüdliches Streben und kostspielige Versuche während einer 20jährigen Praxis die befriedigendsten Resultate dieses Betriebes erreicht hat, sich jetzt aber von Geschäften zurückziehen will, erbietet sich seine vortheilhaften Einrichtungen und Verfahrungsweisen gegen ein sehr mäßig gestelltes Honorar mitzutheilen. Damit jedoch die hierauf Reflektirenden in jeder Hinsicht vor Uebervortheilung — (durch Angabe gewöhnlicher, längst bekannter Methoden 2c.) — gesichert sind, bleibt das eingesandte Honorar bei dem unterzeichneten Hause eine gewisse Zeit deponirt **und wird sofort zurückgeliefert, falls der resp. Reflektant hinreichend beweisen kann, daß die nachstehend erwähnten Einrichtungen und Methoden oder bessere ihm bereits bekannt und er bereits dieselben Resultate erzielt hat.**

1) Zweckmäßigste Destillation und Rectifikation von rohem fuseligen Sprit und Branntwein in reinsten Spiritus von 90 à 92 % Tralles, welcher zu den feinsten Liqueuren, Rum, Cognac 2c. bestens verwandt und auf keine leichtere und vortheilhaftere Art hergestellt werden kann. Es ist hierzu ein Destillir-Apparat von besonderer Construction erforderlich.

2) Auf andere Art ohne diesen Apparat, mit jeder gewöhnlichen Destillirblase' einen sehr feinen durchaus fuselfreien Spiritus zu gewinnen, wenn solche mit einer wenig Kosten verursachenden Vorrichtung in Verbindung gebracht und nur die nöthige Einrichtung zur billigsten und richtigsten Anwendung der Holzkohlen gemacht wird.

3) Genever zu bereiten, welcher dem beliebten holländischen nicht nachsteht, so wie ordinairen Kartoffel-Branntwein auf die vortheilhafteste Art in reinen und besten Korn-Branntwein umzuwandeln, ferner bestes Verfahren Rum, Cognac, Franz-Branntwein 2c. in ihrer verschiedenen Qualität aus rectificirtem Kartoffel-Sprit herzustellen, welche Fabrikate an Aroma und Geschmack den echten völlig gleichkommen.

4) Beschreibung und Zeichnung eines neuen möglichst vereinfachten Dampf-Brenn-Apparats, welcher bei den befriedigendsten Anforderungen entweder Branntwein von beliebiger Stärke oder Spiritus von 80 bis 90 % Tralles von vorzüglicher Reinheit und letztere Prozente sogar fuselfrei direkt aus der Maische liefert.

5) Beschreibung und Zeichnung eines neuen sehr zweckmäßigen Vorwärmers, der mit jedem Apparat in Verbindung gebracht werden kann, und eben sowohl die möglichste Erhitzung der Maische, als auch vollständigste Dephlegmation der Spiritus-Dämpfe bewirkt und alle weiteren Vorrichtungen sogenannter Rectifikatoren und Dephlegmatoren entbehrlich macht.

6) Neues höchst vortheilhaftes Verfahren beim Einmaischen des Getreides und der Kartoffeln, wodurch die höchste Ausbeute erreicht und aus 100 Pfund Kartoffeln und 5 Pfund Malz 550 à 600 % — oder 11 à 12 preuß. Quart à 50% — in 85 % Berliner Quart Maischraum und aus 85 Pfund Roggen und 15 Pfund Malzschrot 1380 à 1420 % Alkohol — oder circa 28 preuß. Quart à 50 % in 220 Berliner Quart Maischraum erzielt und außerdem noch eine Menge bester Preßhefe gewonnen wird.

Die näheren Bedingungen und Beschreibungen hierüber, so wie weitere Auskunft ertheilen auf frankirte Anfragen in **Berlin** die Herren **Mentzel u. Comp.**, Kurzestr. 19.

Das vom Staat errichtete und von den Landständen garantirte badische Staats-Eisenbahn-Anlehen von **14,000 000 Gulden**, ist rückzahlbar durch Gewinne von **14** mal **50,000, 54** mal **40,000, 12** mal **35,000, 23** mal **15,000, 2** mal **12,000, 55** mal **10,000**. — Die geringste Prämie ist Fl. **42**. Die nächste Verloosung findet am 30. Novbr. 1849 statt, und sind hierzu beim unterzeichneten Handlungshaus Originalloose für alle Ziehungen giltig à 20 Thlr., und für die bevorstehende allein à 1 Thlr. zu erhalten. Dieses solide Anlehe kann Jedem empfohlen werden, der Fortuna auf billige Weise versuchen will.

Julius Stiebel jun., Banquier. Büreau: Wollgraben in Frankfurt a. M.

Solide Männer, die eine Agentur zu übernehmen gesonnen sind, erhalten einen annehmbaren Rabatt.

Verkauf billiger Schnittwaaren
bei M. B. Cohn, Ring Nr. 10, im Holschau-Hause.

Wollene **Double-Shawls** in großer Auswahl zu 2 Rtlr. 25 Sgr. bis 4 Rtlr.; durchwirkte Wiener wollene Umschlagetücher in jeder beliebigen Farbe zu 4 bis 8 Rtlr. pro Stück; 12/4 große wollene Winter-Umschlagetücher zu 1 Rtlr. 20 Sgr.; 12/4 große halbwollene Umschlagetücher zu 25 Sgr.; 8/4 große **Mazeppa-Umschlagetücher** zu 7½ Sgr.; weiße Taschentücher zu 7½ Sgr. für 6 Stück; Piqué-Decken und Piqué-Unterröcke und verschiedene Sorten weißer Waaren u. s. w.

Kleider- und Mäntel-Stoffe:

5/4 breite Halb-Lama's zu 4 und 6 Sgr.; 10/4 breite Lama-Mäntelstoffe zu 15 Sgr.; halbwollene Kleiderstoffe zu 1 Rtlr. 10 Sgr. bis 2 Rtlr. 10 Sgr. das Kleid; ächtfarbige Kattune zu 1 Rtlr. pro Kleid; Mousseline de Laine-Kleider und alle Sorten glatte und gemusterte Camelots und Twilds äußerst billig; 9/4 breite ächte wollene Thibets in den modernsten Farben und vorzüglicher Qualität zu 14 gGr.; 5/4 breite ächte Mailänder Taffete zu 14 gGr., u. s. w.

Für Herren:

die modernsten Cachemir-Westenstoffe zu 25 Sgr.; ächte Sammt-Westenstoffe zu 2 Rtlr.; wollene Westenstoffe zu 7½ Sgr.; schwarze und bunte seidene Herren-Halstücher, wollene und seidene Shawls und Shlipse; bunte ächte Schweizer Taschentücher, neueste Muster, zu 10 Sgr.; desgleichen ächte sächsische bunte Taschentücher zu 5 Sgr., und noch sehr viele Artikel.

NB. Auswärtige Bestellungen werden prompt effektuirt.

Grab-Denkmäler. (מצבות)

Da es gegen unsern Grundsatz ist, bei vorkommenden Todesfällen die Betrübniß und den Schmerz hinterbliebener Personen durch zudringliches Bestellungssuchen auszubeuten, so erlauben wir uns auf diesem Wege unser **großes Lager von Marmor-, Granit- und Sandstein-Denkmälern, Grabschriftplatten,** so wie alle ins Bild- und Steinhauerfach schlagenden Gegenstände, für bauliche und häusliche Zwecke, zu reelen Preisen bestens zu empfehlen. **G. Laverdure und Comp.**, Taschenstraße Nr. 4.

An Hautkranke.

Das in vielen Gegenden durch seine Wunderkräfte bereits bekannte

Kummerfeldsche heilende Waschwasser gegen Hautkrankheiten, namentlich gegen Flechten, Schwinden, Finnen, Kupfer-Flecken, Hitzbläschen und andere Hautausschläge, ohne alle schädlichen Bestandtheile,

ist nebst ausführlicher Gebrauchsanweisung, gegen frankirte Einsendung von **2 Rthlr. 5 Sgr. Preuß.**, einzig und allein von **Ferd. Jansen,** Buchhändler in Weimar, zu beziehen, welcher auch auf frankirte Briefe weitere Auskunft giebt und Atteste mittheilt.

Der Verkauf der französischen **gewirkten Double-Shawles und Tücher** (à la Ville de Lyon), von den billigsten bis zu den feinsten Sorten, findet nur bis Montag den 26. d. statt im Gasthofe **zur goldenen Gans** par terre.

Ein junger, unverheiratheter **Wirthschafts-Beamter**, mit guten Zeugnissen versehen, wünscht zu Ostern oder auch bald eine Anstellung.

Näheres Herrenstraße Nr. 20 im Comtoir.

Eine geschickte Direktrice

wird für ein auswärtiges Putzgeschäft gesucht. Herr **Ignatz Scherbel**, Ohlauerstr. Nr. 8, im Rautenkronz, wird die Güte haben, nähere Auskunft zu ertheilen.

Ein Candidat phil. erbietet sich zum **Privatunterricht** in den Gymnasialwissenschaften. L. R. 8. poste restante Breslau.

Zum **Fleischausschieben** und **Wurst-Abendbrot** auf heute Sonnabend den 24. November ladet ergebenst ein:

Härtel, kleine Groschengasse Nr. 18.

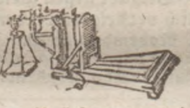
Heute Sonnabend den 24. November: Zum **Fleisch- und Wurst-Ausschieben** ladet ergebenst ein: **Höbel**, Schankwirth, Wassergasse Nr. 17.

Apotheken-Verkauf.

Eine sehr wohleingerichtete, gut rentirende Apotheke im Großherzogthum Posen, ganz nahe der schlesischen Grenze, ist Familienverhältnisse halber unter sehr annehmbaren Bedingungen zu verkaufen.

Das Nähere bei **J. H. Büchler** in Breslau, Apotheker.

Seeschollen bei Lange u. Comp.



H. Herrmann, Brücken-Waagen-Fabrikant, Neue Weltgasse Nr. 36, in Breslau, empfiehlt sich mit vorräthigen Brückenwaagen in jeder gangbaren Größe, unter Garantie, zu den billigsten Preisen.

Mürzthaler Stiere

stehen abermals 4 Stück, und zwar 1 dreijähriger und 3 zweijährige, auf der Herrschaft Falkenberg in Oberschl. zum Verkauf.

Ein gut erhaltener Trumeau

ist veränderungshalber sehr preiswürdig zu verkaufen, und das Nähere Junkernstraße Nr. 1 im Gewölbe zu erfragen.

Gänzlicher Ausverkauf.

Gute Tabakspfeifen, Meerschaum- und gemahlte Köpfe, Dosen, Stöcke und vielerlei Sachen zu Geschenken verkauft billig **E. F. Dreßler,** Riemerzeile Nr. 14 im Durchgange.

Zu verkaufen

ein einspänniger starker Rollwagen mit eisernen Axen; ein gebrauchter Handwagen; eine fast neue Servante von Kirschbaum. Das Nähere Neue Schweidnitzerstraße 1, par terre.

Thran-Glanz-Wichse

in bekannter Güte, stets frisch, die Kruke 1 bis 5 Sgr., in Schachteln à 2 Loth 180 Stück, à 4 Loth 100 Stück für 1 Rtl., lose in Fässern den Ctr. 5 Rtl. empfiehlt:

C. F. W. Jakob,
Ohlauerstraße Nr. 70, im schwarzen Adler.

Eine möblirte oder zwei unmöblirte Stuben mit Aussicht nach dem Ringe, sind sofort oder zu Weihnachten zu beziehen, Elisabetstr. Nr. 1, 3 Stiegen.

Ein großer Glasschrank ist billig zu verkaufen Wallstr. Nr. 1a, 1. Etage links.

Für Ostern 1850 ist Klosterstr. Nr. 1a 2 der zweite Stock im Ganzen, auch getheilt, zu vermiethen. Das Nähere beim Wirth.

Eine freundliche Wohnung ist veränderungshalber sofort sehr billig zu beziehen. Näheres Ohlauerstr. Nr. 4, im Gewölbe.

Drei Stück eiserne Koch- und Bratöfen stehen billig zum Verkauf Nikolaivorstadt, Magazinstraße, beim Schlossermeister Schlegel.

Eine Wohnung von 2 Stuben,

Küche und Zubehör, im ersten Stock, für 60 Rthlr., ist am 2. Januar zu beziehen, und das Nähere Herrenstraße Nr. 20, im Comtoir, zu erfragen.

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hôtel.

Fürst Soltikoff aus Moskau. Gutsbesitzer von Schickfus aus Trebnig. Dr. Elsner-Monmarque und Eisenbahn-Direktor Costenoble aus Berlin. Partikulier Treutler aus Beuthen. Partik. Grabolinski aus Krakau.

---

22. u. 23. Nov.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27″8,76‴	27″8,76‴	27″8,52‴
Thermometer	— 0,5	— 0,8	+ 0,9
Windrichtung	NW	NW	N
Luftkreis	bedeckt	bedeckt	überw.

Börsenberichte.

Berlin, 22. November. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindner 3½% 94½ bez. und Gl. Krakau-Oberschlesische 4% 69¾ à 70 bez. und Gl., Prior. 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 51½ à ⅞ bez. und Br. Niederschlesisch-Märkische 3½% 83 bez., Prior. 4% 93½ Gl, Prior. 5% 103 bez., Ser. III. 5% 102 Br. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Prior. 5% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 108¾ bez. und Gl., Litt. B. 105¾ bez. und Gl. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106¾ Br., 106¼ Gl. Staats-Schuld-Scheine 3½% 88¾ Gl. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Posener Pfandbriefe 4% — — 3½% 89¾ Gl. Preußische Bank-Antheile 94¼ Br., 93¼ Gl. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Br., 95 Gl., neue 4% 95¾ Br., 95¼ Gl. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 80⅝ Br., à 300 Fl. — —

Anfangs der heutigen Börse waren die Kourse flau, später erholten sie sich und schließt es fest und höher.

Wien, 22. November. Fonds und Eisenbahn-Aktien gedrückt und ohne Leben. Loose von 1839, die vor der Börse bis 119¾ gemacht wurden, schlossen zur Notiz. Comptanten und Devisen fanden zur meist erniedrigteren Notiz mehr Geber als Nehmer. 2¼ Uhr. 5% Metal. 94⅛ bis ¼; 4½% 83⅝ bis ¾; Loose von 1839 118½ bis 119; Nordbahn 108⅛ bis ¼.

Breslau, 23. November. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 95½ Gl. Kaiserliche Dukaten 95½ Br. Friedrichsd'or 113½ Br. Louisd'or $112\frac{7}{12}$ Br. Polnisches Courant $96\frac{7}{12}$ Br. Oesterreichische Banknoten 94⅔ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 102 Br. Freiwillige Preußische Anleihe 106⅓ Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3½% 89⅛ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 3½% 96¾ Gl. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 99½ Gld., neue 3½% 90 Gl. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½% 94¾ Gl., Litt. B. 4% 98½ Gl., 3½% 92⅚ Br. Alte polnische Pfandbriefe — — neue 95 Gld. Polnische Schatz-Obligationen 4% 80¾ Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81¼ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitz-Freiburger 4% 79 Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 108¾ Gld., Litt. B. 106¼ Br. Krakau-Oberschlesische 70¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 84 Br., Priorität 5% — — Serie III. — — Neisse-Brieger 40 Br. Köln-Mindener 94¼ Gld., Priorität 103 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 52 Br.

Getreide-, Oel- und Zink-Preise in Breslau, den 23. November.

Weizen, weißer 54, 48, 41 Sgr.; gelber 50, 44, 37 Sgr. Roggen 27½, 26, 24 Sgr. Gerste 23½, 22, 20 Sgr. Hafer 18, 17, 16 Sgr. Rother Kleesaamen 10 bis 14½ Thlr.; weißer 6 bis 14¼ Thlr. Spiritus 6 Thlr. bez. und Gl. Rohes Rüböl 14⅚ Thlr. Br. Zink loco 4 Thlr. 21 Sgr. Rapps 110, 107, 105 Sgr. Rübsen 92, 89, 86 Sgr.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.